

## Aus dem Inhalt



- Satzungsänderungen der Stadt Hermsdorf Seite 3
- Aufstellung Bebauungsplan Bergstraße Seite 10
- Informationen zur Bürgermeisterwahl in Mörsdorf Seite 10
- Wohnbebauung St. Gangloff R-Luxemburg-Str. Seite 14
- TRIDELTA CAMPUS Hermsdorf e.V. erhält Fördermittel Seite 14
- Stadtbibliothek erhält Bibliothekspreis Seite 14
- Konzert mit BTU Seite 17
- Erinnerung an O. Aßmann Seite 20

## Thementour „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“

des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow



**Dank**  
des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow  
an alle Helfer in der VG Hermsdorf  
während der Corona-Pandemie

Weiteres im Mittelteil



Das nächste Amtsblatt erscheint am:  
**28.08.2021**

Der nächste Redaktionsschluss ist am:  
**16.08.2021**



## Telefonnummern

### der Verwaltungsgemeinschaft „Hermsdorf“ im Stadthaus Rufnummern der Verwaltungsgemeinschaft

Gemeinschaftsvorsitzende Frau Möbius..... 036601 577-10  
Sekretariat/Koordinierung..... 036601 577-11  
..... Fax 036601 577-50

#### Hauptabteilung

Leitung..... 036601 577-15  
EDV/Öffentlichkeitsarbeit..... 036601 577-13  
Lohn/Gehalt/Personal..... 036601 577-16/17  
Kindergartenangelegenheiten/Soziales..... 036601 577-18  
Liegenschaften..... 036601 577-36  
Einwohnermeldeamt..... 036601 577-48/49  
Standesamt..... 036601 577-59/38

#### Finanzen

Leitung..... 036601 577-20  
Haushalt..... 036601 577-21/24  
Gewerbe-/Vergnügungssteuer..... 036601 577-22  
Grund-/Hundesteuer..... 036601 577-23  
Anlagenbuchhaltung..... 036601 577-26  
Kasse..... 036601 577-27/28/29  
Kasse/Vollstreckung..... 036601 577-25  
Gewerbeamt..... 036601 577-42  
Objektverwaltung/Gebäudemanagement..... 036601 577-12

#### Bauabteilung

Leitung..... 036601 577-30  
Hochbau..... 036601 577-32  
Tiefbau..... 036601 577-33  
Fördermittel..... 036601 577-35

#### Ordnungsamt

Leitung..... 036601 577-40  
Ordnungsamt..... 036601 577-41/43  
Fundbüro..... 036601 577-44

Internetadresse der VG Hermsdorf  
[www.vg-hermsdorf.de](http://www.vg-hermsdorf.de)  
Email: [info@vg-hermsdorf.de](mailto:info@vg-hermsdorf.de)

### Öffnungszeiten

#### der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf und der Stadt Hermsdorf

Montag 09:00 - 12:00 Uhr  
Dienstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 15:30 Uhr  
Mittwoch geschlossen  
Donnerstag 09:00 - 12:00 Uhr und 13:00 - 17:30 Uhr  
Freitag 09:00 - 12:00 Uhr

Jeden letzten Samstag im Monat hat das Einwohnermeldeamt 10:00 bis 12:00 Uhr geöffnet.

#### Schiedsstelle der VG

Sitz im Rathaus Hermsdorf..... 036601 577-82  
Herr Hädrich  
Frau Reuther-Buschmann..... 036601-938474

#### Öffnungszeiten:

Jeden 2. und 4. Donnerstag im Monat von 16:00 bis 17:00 Uhr  
In dringenden Fällen besteht Erreichbarkeit unter Tel.: 036428 - 60174

### Mitgliedsgemeinden der Verwaltungsgemeinschaft

#### Stadt Hermsdorf und ihre Einrichtungen

Bürgermeister der Stadt Hermsdorf  
Herr Hofmann..... 036601 577-80  
Büro des Bürgermeisters..... 036601 577-81  
..... Fax 36601 577-89  
Archiv..... 036601 577-73  
Kultur..... 036601 577-70  
Bibliothek..... 036601 577-75  
Bauhofleiter..... 036601 577-85  
Bauhof..... 036601 577-86/87  
Freibad..... 036601 8 30 10  
Sporthalle..... 036601 8 27 41  
Kindertagesstätte „Pfiffikus“..... 036601 8 26 29  
Kindertagesstätte „Holzlandknirpse“..... 036601 9359010  
Kindertagesstätte „Max und Moritz“..... 036601 8 23 36

Feuerwehr Hermsdorf..... 036601 79 00

#### Gemeinde Schleifreisen

Bürgermeisterin Frau Wulf..... 036601 83607  
..... Fax: 036601 938418

#### Sprechzeiten:

Donnerstag..... 17:00 - 19:00 Uhr

#### Gemeinde St. Gangloff

Bürgermeister Herr Wiedenhöft..... 036606 84282  
Havarie-Dienst-Nummer für Störungen  
der Wasserversorgung- und  
Abwasserbeseitigung  
der Gemeinde St. Gangloff..... 036606 634940

#### Sprechzeiten:

Dienstag..... 18:00 - 20:00 Uhr  
Donnerstag..... 16:00 - 17:00 Uhr

#### Gemeinde Reichenbach

Bürgermeister Herr Steingrüber..... 036601 901146  
..... Fax: 036601 901148

#### Sprechzeiten:

Montag..... 16:30 - 18:30 Uhr

#### Gemeinde Mörsdorf

Bürgermeister Herr Oelsner..... 036428 61675  
..... Fax: 036428 549647

#### Sprechzeiten:

Donnerstag..... 16:00 - 18:00 Uhr

Hermsdorfer Polizeistation..... 036601 41418

#### ZWA Thüringer Holzland

Bereitschaft..... 036601 57849

#### Rettungsleitstelle Jena - Kassenärztlicher Dienst

Apothekendienst usw..... 03641 597632

## Amtlicher Teil

### Amtliche Bekanntmachungen der Verwaltungsgemeinschaft „Hermsdorf“

Anlage 5  
(zu § 20 Abs. 1 BWO)

### Bekanntmachung

der Gemeindebehörde über das Recht auf Einsicht  
in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahl-  
scheinen für die Wahl zum Deutschen Bundestag am  
26.09.2021

#### 1.

Das Wählerverzeichnis zur Bundestagswahl für die Gemeinde - die Wahlbezirke der Gemeinde **Stadt Hermsdorf, Gemeinde Mörsdorf, Gemeinde Reichenbach, Gemeinde Schleifreisen, Gemeinde St. Gangloff** wird in der Zeit vom **06.09.2021 bis 10.09.2021** (20. bis 16. Tag vor der Wahl) während der allgemeinen Öffnungszeiten<sup>1)</sup> **Stadthaus Hermsdorf, Am Alten Versuchsfeld 1, 07629 Hermsdorf, Zimmer 128<sup>2)</sup>** (Ort der Einsichtnahme) für Wahlberechtigte zur Einsichtnahme bereitgehalten. Jeder Wahlberechtigte kann die Richtigkeit oder Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten überprüfen. Sofern ein Wahlberechtigter die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen überprüfen will, hat er Tatsachen glaubhaft zu machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht auf Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk gemäß den

§ 21 Abs. 5 des Melderechtsrahmengesetzes entsprechenden Vorschriften der Landesmeldegesetze eingetragen ist. Das Wählerverzeichnis wird im automatisierten Verfahren geführt. Die Einsichtnahme ist durch ein Datensichtgerät möglich.<sup>3)</sup> Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein hat.

2.

Wer das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann in der Zeit vom 20. Tag bis zum 16. Tag vor der Wahl, spätestens am **10.09.2021 bis 12:00 Uhr**, (16. Tag vor der Wahl) bei der Gemeindebehörde<sup>4)</sup> **VG Hermsdorf, Stadthaus, Am Alten Versuchsfeld 1, 07629 Hermsdorf, Zimmer 128** Einspruch einlegen. Der Einspruch kann schriftlich oder durch Erklärung zur Niederschrift eingelegt werden.

3.

Wahlberechtigte, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten bis spätestens zum **05.09.2021** (21. Tag vor der Wahl) eine Wahlbenachrichtigung.

Wer keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, aber glaubt, wahlberechtigt zu sein, muss Einspruch gegen das Wählerverzeichnis einlegen, wenn er nicht Gefahr laufen will, dass er sein Wahlrecht nicht ausüben kann.

Wahlberechtigte, die nur auf Antrag in das Wählerverzeichnis eingetragen werden und die bereits einen Wahlschein und Briefwahlunterlagen beantragt haben, erhalten keine Wahlbenachrichtigung.

4.

Wer einen Wahlschein hat, kann an der Wahl im Wahlkreis **195 Saalfeld-Rudolstadt - Saale-Holzland-Kreis - Saale-Orla-Kreis**

durch **Stimmabgabe** in einem beliebigen **Wahlraum** (Wahlbezirk) dieses Wahlkreises

oder

durch **Briefwahl**

teilnehmen.

5.

Einen Wahlschein erhält auf Antrag

5.1

ein in das Wählerverzeichnis **eingetragener** Wahlberechtigter,

5.2

ein **nicht** in das Wählerverzeichnis **eingetragener** Wahlberechtigter,

a) wenn er nachweist, dass er ohne sein Verschulden die Antragsfrist auf Aufnahme in das Wählerverzeichnis nach § 18 Abs. 1 der Bundeswahlordnung (bis zum **06.09.2021**) oder die Einspruchsfrist gegen das Wählerverzeichnis nach § 22 Abs. 1 der Bundeswahlordnung (bis zum **10.09.2021**) versäumt hat,

b) wenn sein Recht auf Teilnahme an der Wahl erst nach Ablauf der Antragsfrist nach § 18 Abs. 1 der Bundeswahlordnung oder der Einspruchsfrist nach § 22 Abs. 1 der Bundeswahlordnung entstanden ist,

c) wenn sein Wahlrecht im Einspruchsverfahren festgestellt worden und die Feststellung erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses zur Kenntnis der Gemeindebehörde gelangt ist.

Wahlscheine können von in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten bis zum **24.09.2021** (2. Tag vor der Wahl) 18.00 Uhr bei der Gemeindebehörde mündlich, schriftlich oder elektronisch beantragt werden.

Im Falle nachweislich plötzlicher Erkrankung, die ein Aufsuchen des Wahlraumes nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten möglich macht, kann der Antrag noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, gestellt werden.

Versichert ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass ihm der beantragte Wahlschein nicht zugegangen ist, kann ihm bis zum Tag **vor** der Wahl, 12.00 Uhr, ein neuer Wahlschein erteilt werden.

Nicht in das Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte können aus den unter 5.2 Buchstaben a bis c angegebenen Gründen den Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines noch bis zum Wahltag, 15.00 Uhr, stellen.

Wer den Antrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer **schriftlichen Vollmacht** nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Ein behinderter Wahlberechtigter kann sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

6.

Mit dem Wahlschein erhält der Wahlberechtigte

- einen amtlichen Stimmzettel des Wahlkreises,
- einen amtlichen blauen Stimmzettelschlag,
- einen amtlichen, mit der Anschrift, an die der Wahlbrief zurückzusenden ist, versehenen roten Wahlbriefumschlag und
- ein Merkblatt für die Briefwahl.

Die Abholung von Wahlscheinen und Briefwahlunterlagen für einen anderen ist nur möglich, wenn die Berechtigung zur Empfangnahme der Unterlagen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird und die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt; dies hat sie der Gemeindebehörde vor Empfangnahme der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen.

Bei der Briefwahl muss der Wähler den Wahlbrief mit dem Stimmzettel und dem Wahlschein so rechtzeitig an die angegebene Stelle absenden, dass der Wahlbrief dort spätestens am Wahltag bis 18.00 Uhr eingeht.

Der Wahlbrief wird innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ohne besondere Versendungsform ausschließlich von der Deutschen Post<sup>5)</sup> unentgeltlich befördert. Er kann auch bei der auf dem Wahlbrief angegebenen Stelle abgegeben werden.

Hermsdorf, den 31.07.2021

Die Gemeindebehörde

**Möbius**, Gemeinschaftsvorsitzende

**Hofmann**, Bürgermeister Stadt Hermsdorf

**Steingrüber**, Bürgermeister Reichenbach

**Dr. Schneider**, 1. Beigeordnete Mörsdorf

**Wulf**, Bürgermeisterin Schleifreisen

**Wiedenhöft**, Bürgermeister St. Gangloff

## Amtliche Bekanntmachungen der Stadt Hermsdorf

### Bekanntmachung

Der Stadtrat der Stadt Hermsdorf hat in seiner Sitzung am 14.06.2021 mit Beschluss-Nr. BV01/019/2021 die Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Hermsdorf beschlossen. Die Satzung wurde dem Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt.

Die Genehmigung zur vorzeitigen Bekanntmachung liegt mit Schreiben vom 08.07.2021 vor (Eingang 12.07.2021).

Die o.g. Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Hermsdorf wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hermsdorf, 12.07.2021

**Hofmann**

**Bürgermeister**

(im Original gezeichnet und gesiegelt)

### Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Hermsdorf

#### zur Regelung der Aufwandsentschädigung der Freiwilligen Feuerwehr der Stadt Hermsdorf für die Ehrenbeamten und ehrenamtlichen Feuerwehrangehörigen, die ständig zu besonderen Dienstleistungen herangezogen werden

Aufgrund des § 19 Abs. 1 Satz 1 i.V.m § 2 Abs. 1 und 2 der Thüringer Kommunalordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115) in Verbindung mit § 2 der Thüringer Feuerwehr-Entscheidungsverordnung (ThürFwEntschVO) vom 26. Oktober 2019 (GVBl. 2019 S. 457) hat der Stadtrat der Stadt Hermsdorf in seiner Sitzung am 14.06.2021 folgende Feuerwehrentschädigungssatzung beschlossen:

#### § 1

##### Grundsatz

Die Aufwandsentschädigung wird nur gewährt, wenn die Tätigkeit ehrenamtlich ausgeführt wird.





## § 2

### Höhe der Aufwandsentschädigung

(1) Der Stadtbrandmeister erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 200,00 Euro.

(2) Die Stellvertreter des Stadtbrandmeisters erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 100,00 Euro.

(3) Der Jugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 Euro.

(4) Zug- und Verbandsführer mit besonderen Aufgaben, die mit denen des Wehrleiters vergleichbar sind, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 60,00 Euro

(5) Die monatliche Aufwandsentschädigung beträgt für den

a.) Gerätewart 100,00 Euro

Sollte die Funktion des Gerätewartes in mehrere Fachbereiche aufgeteilt werden, so setzt sich die monatliche Aufwandsentschädigung wie folgt zusammen:

- Gerätewart für Atemschutz, Gefahrgut- und Strahlenschutz 60,00 Euro

- Gerätewart für allgem. feuerwehrtechnische Geräte und Geräte für die technische Hilfeleistung 60,00 Euro

b.) Feuerwehrangehörige für die Alarm- und Einsatzplanung 60,00 Euro

c.) Feuerwehrangehörige für die Bedienung, Wartung und Pflege der Informations- und Kommunikationsmittel 60,00 Euro

d.) Feuerwehrangehörige als Sicherheitsbeauftragte 60,00 Euro

e.) Feuerwehrangehörige für die statistische Datenerfassung 60,00 Euro

(6) Nimmt der ständige Vertreter im Sinne von Abs. 2 die Aufgaben des Ortsbrandmeisters zeitweise voll wahr, so richtet sich die Aufwandsentschädigung nach § 6 Abs. 7 ThürFwEntschVO.

(7) Der Ausbilder mit Aufgaben, die mit denen eines Kreisausbilders vergleichbar ist erhält je Ausbildungsstunde 20,00 Euro.

(8) Ehrenamtliche Feuerwehrangehörige, die zum Feuerwehrfachberater bestellt werden erhalten je volle Zeitstunde 20,00 Euro.

## § 3

### Erstattung besonderer Aufwendungen

Neben dem monatlichen Pauschbetrag sind auf Antrag besonders zu erstatten:

a.) der Verdienstausschlag von beruflich selbständig oder freiberuflichen Ehrenamtlichen im Sinne des § 14 Abs. 2 Satz 5 ThürBKG in Höhe von 30,00 Euro pro Stunde;

## § 4

### Sonstige Entschädigungen und Zahlungen

1) Die Stadt Hermsdorf zahlt den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr eine freiwillige Entschädigungsleistung für ihre Auslagen und Aufwendungen im Zusammenhang mit Ausbildung und Einsätzen. Diese pauschale Aufwandsentschädigung beträgt für Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr Stadt Hermsdorf 8,00 Euro pro Einsatz. Kameraden, die sich nach Alarmierung im Gerätehaus in Bereitschaft befinden, jedoch nicht zum Einsatz kommen, erhalten eine Zahlung in Höhe von 5,00 Euro. Die Abrechnung erfolgt halbjährlich durch den Stadtbrandmeister.

2) Für die Teilnahme an Sicherheitswachen nach § 2 Abs. 2 der Feuerwehrsatzung erhalten die Feuerwehrangehörigen eine Entschädigung in Höhe von 15,00 Euro/Stunde.

3) Der stellvertretende Jugendfeuerwehrwart erhält eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 30,00 Euro.

## § 5

### Sprachform, Inkrafttreten

(1) Die in dieser Satzung verwandten personenbezogenen Bezeichnungen gelten für Frauen in der weiblichen und für Männer in der männlichen Sprachform.

(2) Diese Satzung tritt am 01. Juni 2021 in Kraft.

(3) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 22.01.2002 und die 1. Änderungsatzung vom 05.12.2007 außer Kraft.

Hermsdorf, den 12.07.2021

**Hofmann**

**Bürgermeister**

(im Original gezeichnet und gesiegelt)

## Bekanntmachung

Der Stadtrat der Stadt Hermsdorf hat in seiner Sitzung am 14.06.2021 mit Beschluss-Nr. BV01/014/2021 die Gestaltungssatzung der Stadt Hermsdorf beschlossen.

Die Satzung wurde dem Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt.

Die Genehmigung zur vorzeitigen Bekanntmachung liegt mit Schreiben vom 23.06.2021 vor (Eingang 24.06.2021).

Die o.g. Gestaltungssatzung der Stadt Hermsdorf wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hermsdorf, 30.06.2021

**Hofmann**

**Bürgermeister**

(im Original gezeichnet und gesiegelt)

## Gestaltungssatzung der Stadt Hermsdorf

### Inhaltsverzeichnis

#### Präambel

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Gestaltungsgründe, Genehmigungsbestände
- § 3 Gestaltungsziele
- § 4 Kulturdenkmale
- § 5 Baukörper und Baumaße
- § 6 Gebäudetypen
- § 7 Dach
- § 8 Fassade
- § 9 Fenster, Schaufenster, Markisen
- § 10 Türen und Tore
- § 11 Vortreppen
- § 12 Ausfahrten
- § 13 Einfriedungen
- § 14 Außenanlagen
- § 15 Straßenmöbel, Straßenschilder
- § 16 Baugenehmigungen
- § 17 Ordnungswidrigkeiten
- § 18 Inkrafttreten

#### Präambel

zur Gestaltungssatzung der Stadt Hermsdorf (Thür.) in den Gebäuden, Straßen und Plätzen der Stadt Hermsdorf sind die Geschichte, die Bedeutung der Stadt, die Lebensart, gewerbliche Struktur und der Besitzstand früherer Generationen ablesbar.

Den historischen Ursprüngen entsprechend und der daraus entstandenen städtebaulichen Entwicklung will die Stadt Hermsdorf Rechnung tragen, indem sie es als eine ihrer vornehmsten kulturellen Aufgaben in unserer Zeit ansieht, diese Entwicklung fortzuführen bzw. wichtige Zeugnisse der Vergangenheit zu erhalten, neben der Förderung städtebaulicher Entwicklung in die Zukunft. Die Stadt möchte mit der Entwicklung in die Zukunft ihre Identität aus der Vergangenheit in ihrem Städtebau bewahren. Die politischen Veränderungen der letzten Jahre haben dafür die Voraussetzungen geschaffen. Um sie in rechter Weise nutzen zu können und irreparable Schäden zu vermeiden, geben sich die Bürger der Stadt Hermsdorf die vorliegende Gestaltungssatzung. Sie zu verwirklichen und damit die Wohn- und Lebensqualität in unserer Stadt zu erhöhen, sind alle Bürger mit Ideen und Tatkraft aufgerufen.

Aufgrund der §§ 19 Abs. 1 Satz 1 und 21 Thüringer Gemeinde- und Landkreisordnung (Thüringer Kommunalordnung-ThürKO) i. d. F. der Bekanntmachung vom 28.01.2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115) und des § 88 Abs. 1 Nr. 1 und 4 Thüringer Bauordnung (ThürBO) i. d. F. vom 13.03.2014 (GVBl. S. 49), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2020 (GVBl. S. 561) beschließt der Stadtrat der Stadt Hermsdorf die folgende „Gestaltungssatzung der Stadt Hermsdorf“:

## § 1 Geltungsbereich

1. Diese Satzung gilt für die Errichtung und Änderung baulicher Anlagen sowie für Grundstücke und andere Anlagen und Einrichtungen, auch wenn diese Maßnahmen keiner Baugenehmigung bedürfen. Der Geltungsbereich dieser Satzung umfasst die Teile der Altstadt von Hermsdorf entsprechend der zeichnerischen Umgrenzung, in dem als Anlage beigefügten Plan (Lageplan M 1:2.000). Diese Zeichnung ist Bestandteil der Satzung.  
Folgende Straßen und deren Umgebung sind Bestandteil der Satzung:
  - Kreuzungsbereich Rodaer Straße - Schulstraße - Alter Markt- Reichenbacher Straße und Schleifreiser Weg
  - Alter Markt -Reichenbacher Straße -bis Thilo - Schoder-Bau
  - Alte Regensburger Straße mit Anschluss Geraer Straße - Bergstraße
  - Eisenberger Straße bis Bahnhof - Naumburger Straße ab Rathaus
  - Kinderheimgasse
  - Kirche und Umgebung
2. Festsetzungen aus Bebauungsplänen gelten vorrangig.

## § 2 Gestaltungsgründe, Genehmigungsbestände

Zur Erhaltung der städtebaulichen Eigenart des Gebietes aufgrund seiner städtebaulichen Gestalt und zur Erhaltung der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung bedarf die Errichtung baulicher Anlagen im Geltungsbereich dieser Satzung der Genehmigung.

## § 3 Gestaltungsziele

Im Geltungsbereich dieser Satzung ist neben der Erhaltung wertvoller historischer Einzelgebäude die kulturell bedeutsame Gesamtheit der die historische Stadt prägenden Merkmale zu sichern. Bei Neubauten ist dieser Zusammenhang zu gewährleisten durch

- a) die Erhaltung oder Wiederherstellung der aus historischen Grundstücksgrößen überkommenen Formate durch entsprechende Aufgliederung in Baukörper, die diesen Grundstücksmaßstab erkennen lassen,
- b) die Erhaltung der durch Knicke, Vor- und Rücksprünge der einzelnen Hausfronten jeweils nach den gegebenen Grundstücksbreiten bewirkten Lebendigkeit und Untergliederung der einzelnen Straßen- und Platzräume,
- c) die Erhaltung bzw. Wiederherstellung der ortstypischen Giebel- und Traufstellung zu den einzelnen Straßen und Plätzen,
- d) die Zulassung von Trauf- und Giebelstellungen nur im Einklang mit der vorhandenen städtebaulichen Situation,
- e) die Erhaltung des Baucharakters der Gebäude, wie sie im städtebaulichen Gutachten charakterisiert sind,
- f) die Erhaltung der Geschlossenheit, Maßstäblichkeit und Einheitlichkeit der Dachlandschaft einschließlich der Materialien, wie sie etwa denen zur Bauzeit entsprechen.

## § 4 Kulturdenkmale

1. Die Vorschriften des Thüringer Denkmalschutzgesetzes vom 14.04.2004 (Thüringer Gesetz zur Pflege und zum Schutz der Kulturdenkmale, zuletzt geändert durch Art. 2 Thüringer Verwaltungsreformgesetz vom 18.12.2018 (GVBl. S. 731)) bleiben unberührt.
2. Im räumlichen Geltungsbereich dieser Satzung befinden sich Kulturdenkmale, die in einer Anlage, welche Bestandteil dieser Satzung ist, ausgewiesen sind. Die Liste der Kulturdenkmale unterliegt einer Veränderung. Der aktuelle Stand kann nur bei der der Unteren Denkmalschutzbehörde abgefragt werden.
3. Für alle Veränderungen an Denkmalen ist die untere Denkmalschutzbehörde zuständig.

## § 5 Baukörper und Baumaße

1. Jeder Baukörper muss im Ensemble als einzelne, individuelle Einheit erkennbar sein und muss sich in seinen Maßen und Proportionen in die vorhandene bzw. durch diese Satzung angestrebte Erscheinung der Umgebung einfügen.
2. In Grenzbereichen zwischen älterer und neuerer Bebauung setzt die Ältere Maßstäbe.

## § 6 Gebäudetypen

1. Die im Geltungsbereich der Satzung möglichen Gebäudetypen sind: der Giebeltyp und der Traufseitigtyp. Dies gilt für die Bebauung an der Straße sowie an den Hofseiten der Anlagen. Sondertypen können dort, wo dies aus historischer Entwicklung begründet ist oder an besonders gekennzeichneten Stellen als Ausnahmen zugelassen werden.
2. Die Gebäudetypen müssen so gestaltet sein, dass sie dem vorhandenen oder an der betreffenden Stelle vorgesehenen Gebäudetyp entsprechen oder ihn aufnehmen. Die für den jeweiligen Gebäudetyp charakteristischen Gestaltungsmerkmale müssen bei Neubauten und baulichen Veränderungen zur Unterscheidung der Typen erhalten oder entsprechend wieder aufgenommen werden.

## § 7 Dach

1. Bei baulichen Maßnahmen ist die Dachlandschaft in ihrer Einheitlichkeit, Lebendigkeit und Geschlossenheit in Bezug auf Dachformen, maßstäbliche Gliederung, Material und Farbgebung zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Wo in der Umgebung bezüglich der Dachneigung, der Stellung der Dächer zur Straße, der Dachform und der Dachaufbauten eine Einheitlichkeit besteht, sind diese Formen zu übernehmen.
2. Dachneigungswinkel unter 40 Grad sind bei Satteldächern nicht zulässig. Nebeneinander darf derselbe Neigungswinkel nur zweimal und nur bei unterschiedlich breiten Baukörpern vorkommen. Die Differenz muss mindestens 2 Grad betragen.  
Bei Neubauten sind Dachneigungen ab 35° zulässig.
3. Als Dachform für die Hauptgebäude ist ein Sattel- oder Krüppelwalmdach auszuführen oder eine aus diesen Dächern abgeleitete Form. Die ursprüngliche Dachform eines bestehenden Gebäudes ist bei einem Um- oder Neubau zu übernehmen. Nebengebäude, Garagen und Carports sind, wenn sie mit mindestens 5,0m Abstand zur Straße errichtet werden, mit einem Flachdach zulässig.
4. Dachgauben sind zulässig in Form von Satteldach-, Walm-, Krüppelwalmdach-, Schlepp-, Spitz- und Fledermausgauben. Der Abstand zwischen Gauben und Ortsgang sowie zwischen den Gauben selbst muss mindestens 1,50 m betragen. Die Summe aller Gauben darf maximal 70% der Trauflänge des Gebäudes betragen. Die Fensterbreite darf höchstens 60 % der gesamten Vorderfront einer Gaube einnehmen. Bei langgestreckten Gauben über 2,50 m Breite ist eine Unterteilung der Fenster notwendig, so dass keine durchgehende Fensterfront entsteht. Auf eine Abstimmung mit den Fensterachsen der unteren Geschosse ist zu achten. Die Traufe und Seitenflächen der Gauben sind vorzugsweise mit Schiefer oder Biberschwanzziegeln zu bekleiden. Zulässig sind auch Holzverschalungen und Kupfer- bzw. Zinkblech-Doppelstehfalzdeckung.
5. Dacheinschnitte und liegende Dachfenster sind zulässig. Dachflächenfenster sind in Bereichen, die von öffentlich begehbaren Flächen nicht einzusehen sind, auf max. 80% der Dachfläche zu beschränken. Dachflächenfenster in Bereichen, die von öffentlich begehbaren Flächen einsehbar sind, unterliegen nachfolgenden Beschränkungen:  
Sie sind in der Breite auf maximal zwei Sparrenfelder zu beschränken. Die max. Höhe darf 1,6 m und die max. Breite darf 1,20 m nicht überschreiten. Der Abstand zwischen den einzelnen Dachflächenfenstern muss mindestens 2 Sparrenfelder betragen. Die Gesamtbreite der Dachflächenfenster darf 40% der Dachfläche nicht überschreiten.
6. Dachrinnen, Fallrohre und andere aus Blech hergestellte Teile des Daches sind zurückhaltend in das Straßenbild einzufügen und dem Gebäude anzupassen.
7. Einzusehende Antennenanlagen sind genehmigungspflichtig.
8. Anlagen zur Nutzung regenerativer Energien sind in der Dachfläche zulässig. Sie sind in Form und Proportion so anzuordnen, dass sie innerhalb der Dachfläche nicht störend wirken. Eine versetzte Anordnung der Anlagen ist nicht zulässig. Die Gestaltung ist im Einvernehmen mit der Stadt vorzunehmen.



9. Zur Dacheindeckung sind nur Materialien zulässig, die sich mit Farbe und Form in den historischen Bestand einfügen. Zulässig sind nichtengobierte, engobierte oder glasierte Ton-Dachziegel sowie Schiefer. Betonsteine, Schindeln und Blech sind nicht zulässig. Dachsteine können ausnahmsweise zugelassen werden.

## **§ 8 Fassade**

1. Jede Fassade muss eine selbständige individuell gestaltete Einheit sein und ein Erscheinungsbild aufweisen, das sich in die bestehende bzw. durch diese Satzung angestrebte Gestalt des Ensembles einfügt.
2. Aufeinanderfolgende Fassaden dürfen hinsichtlich ihrer Gesamtentwicklung und ihrer Einzelelemente nicht vereinheitlicht werden.
3. Aufeinanderfolgende Fassaden oder Fassadenabschnitte des gleichen Gebäudetyps müssen sich in der Gestaltung in mindestens zwei der folgenden Merkmale unterscheiden: Breite der Fassadenabschnitte, Höhe der Fassadenabschnitte, Gliederung der Straßenfassade, Verhältnis von Wandflächen zu Öffnungen, Ausbildung von Fenstern und Türen, Geschosshöhe, Brüstungshöhen, Art und Maß der Plastizität, Gestaltung der Oberflächen, Farbgestaltung.
4. Ein und dasselbe auffällige Gestaltmerkmal soll in gleicher Ausführung nur in begründeten Ausnahmefällen an verschiedenen Gebäudefassaden wiederholt werden. Die Höhe der Fassade und die horizontalen Gliederungselemente müssen dabei stets unterschiedlich sein.
5. Die tragenden Elemente müssen im Erdgeschossbereich und den der Straßenseite zugewandten Gebäudeseiten und Gebäudeecken als deutlich ablesbare Pfeiler oder Wandscheiben ausgebildet werden.
6. Für die Gestaltung der Fassaden sind die für die alte Stadt charakteristischen Materialien zu verwenden; dazu gehören Lehm, Schiefer, Putz, Holz, Kalk- und Sandstein. Es sind wenig strukturierte, möglichst glatte Putze zu verwenden. Keramische Platten im Sockelbereich sind nicht zugelassen bzw. im Falle von Fassadenerneuerung möglichst zu entfernen.
7. Fachwerkfassaden sind freizuhalten bzw. im Falle von Instandsetzungsarbeiten freizulegen, wenn es sich um historisches Sichtfachwerk handelt.
8. Die Farbfassung von Fassaden muss sich dem Umfeld anpassen. Extrem dunkle Fassadenanstriche sind nicht zulässig. Für Anstriche an Fachwerkausfachungen sind nur zurückhaltende erdfarbene Töne zu verwenden. Die Holzteile sind matt zu streichen und- wenn keine Farbbefunde zu erstellen sind - im hell- bis dunkelbraunen Farbton an einem Gebäude einheitlich zu fassen. Die Holzteile sind deutlich dunkler als die Ausfachungen zu gestalten.
9. Bei Neubauten sind zeitgemäße Baumaterialien zulässig. Die Gestaltung und die Materialien sind abzustimmen.

## **§ 9 Fenster, Schauenster, Markisen**

1. Fenster müssen dem Charakter und Stil des Gebäudes entsprechen. Bei künftigen Umbauten sollten bereits veränderte Fenster dem Charakter und Stil des Gebäudes wieder angepasst werden. Blumenschmuck an den Fenstern ist zulässig.
2. Bei einer lichten Breite (Rohbaumaß) über 0,8 m sind Fenster mehrflügelig auszuführen. Die Fensterflügel sind durch Sprossen waagrecht und senkrecht so zu unterteilen, dass keine Scheibenseite länger als 0,5 m ist.
3. Im Straßenbereich sind Fenster mit einer Höhe über 1,45 m (Rohbaumaß) mit Kämpfer und Oberlicht auszuführen. Niedrigere Fenster können ebenso ausgeführt werden.
4. Sohlbänke müssen in Material, Farbigkeit und Proportionen dem historischen Zustand Rechnung tragen. Zulässig sind Sohlbänke aus Zinkblech, Naturstein, Kunststein und Aluminium in Fensterfarbe.
5. Schauenster sind nur im Erdgeschoss zulässig und in Größe und Proportionen auf das Gebäude und seinen Maßstab abzustimmen. Dabei ist eine Gliederung der Fläche einzuhalten, die dem historischen statischen Konstruktionssystem entspricht. Sie müssen Brüstungen oder Sockel erhalten und sind entsprechend der Gestaltung der Obergeschosse mit deutlich ablesbaren Pfeilern zu untergliedern.

6. Mauerpfeiler zwischen Schauenstern und zwischen Schauenstern und einer Tür oder sonstiger Öffnungen müssen mindestens 0,28 m breit sein. Pfeiler dürfen nicht mehr als 0,05 m hinter der Außenwand liegen.
7. Die sichtbare Schauensterkonstruktion ist in Holz, in Metall oder in Kunststoff herzustellen.
8. Markisen dürfen die gestalterische Einheit der Fassade nicht stören und keine bedeutsamen Gestaltungselemente überdecken. Alle Markisen eines Gebäudes müssen etwa dieselbe Form und Farbe haben.
9. Vordächer dürfen straßenseitig nur errichtet werden, wenn durch deren Anordnung das Gesamtbild des Gebäudes und der Straße nicht beeinträchtigt wird. Sie dürfen maximal 1,00 m auskragen, sofern nicht örtliche Gegebenheiten des Straßenraumes (öffentlicher Verkehrsraum) eine geringere Tiefe verlangen.
10. Balkone dürfen an der Straßenseite nicht neu errichtet werden.

## **§ 10 Türen und Tore**

Türen und Tore sind in der Regel in Holz auszuführen. Dabei soll die Formsprache, Gliederung und Farbgebung der noch vorhandenen Tore und Türen der Umgebung als Leitfaden für eine neue handwerkliche Ausführung dienen. Bereits veränderte Türen und Tore sind bei Umbauten in ihren historischen Zustand zurückzusetzen. Historische Türen und Tore sind zu bewahren. Türen sind bei Neubauten auch in Kunststoff oder Aluminium mit Glasfeldern in zeitgemäßer Gestaltung zulässig. Die Gestaltung ist abzustimmen.

## **§ 11 Vortreppen**

Vortreppen bei Hauseingängen sind aus heimischem Naturstein bzw. diesem ähnlichen Kunststein herzustellen. Es sind massive Stufen oder durchgehende Platten möglich.

## **§ 12 Ausfahrten**

Sie sind in Größe und Maßstab entsprechend den bestehenden Toren zulässig, wenn es sich dabei um historisch gewachsene Situationen handelt und die Bauausführung dem Stil des Gebäudes gerecht wird.

## **§ 13 Einfriedungen**

1. Einfriedungen sind zulässig:
  - a. aus vermauerten Natursteinen oder Ziegelklinker, die unverputzt oder steinsichtig verputzt sind und mit Natursteinplatten oder Dachziegeln abgedeckt werden.
  - b. aus Holzzäunen mit senkrechten Latten
  - c. aus handgeschmiedeten Eisengittern, hergestellt aus einfachen Rund- und Rechteck-Profilen
  - d. Hecken.
2. Andere Einfriedungsarten, insbesondere Jägerzäune, Betonmauern, verzinkte Doppelstabbatten, Maschendraht und alle Arten von Kunststoffen sind nicht zulässig.
3. In nicht einsehbaren Bereich können Ausnahmen zugelassen werden.

## **§ 14 Außenanlagen**

1. Hinweisschilder, Brunnen, Beleuchtungen und sonstige Merkzeichen im öffentlichen Verkehrsraum sind in Material, Proportion, Form und Farbe dem Charakter des Straßenraumes anzupassen, sofern andere gesetzliche Vorschriften davon nicht berührt werden. Wichtige Blickbeziehungen dürfen durch Plakatwände und - soweit nicht Belange des Straßenverkehrs etwas anderes gebieten - durch Verkehrsschilder nicht beeinträchtigt werden.
2. Als Gehwegbelag ist vorzugsweise Natursteinpflaster zu verwenden. Beton und betonsichtige Materialien sind entsprechend der Planungskonzeption einzusetzen.
3. Für befestigte Hofeinfahrten und Hauszugänge sind Pflasterbeläge zu verwenden.



4. Die privaten Grundstücksflächen zwischen Hauptgebäude und öffentlichen Straßen und Gehwegen, mit Ausnahme von Zufahrten und Zugängen, müssen als Grünflächen mit Baum- bzw. Buschbepflanzung angelegt und unterhalten werden. Vorhandene Bäume müssen erhalten und bei Beseitigung durch Neupflanzung ersetzt werden.
5. Freileitungen jeglicher Art dürfen nicht neu errichtet werden und sind - soweit vorhanden - schrittweise im Rahmen von Erschließungsmaßnahmen unter der Erde zu verlegen.
6. Unzulässig ist das Aufstellen von Tanks und Müllbehältern an Stellen, die vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sind.

## § 15

### Straßenmöbel, Straßenschilder

Straßenmöbel müssen in Farbe, Material und Gestalt dem städtebaulichen Umfeld entsprechen. Vorzugsweise sind heimische Natursteine, Keramik, Holz und Schmiedeeisen zu verwenden.

## § 16

### Baugenehmigungen

1. Im Geltungsbereich dieser Satzung unterliegen alle nach außen wirksamen städtebaulichen Veränderungen der Genehmigungspflicht. Dazu gehört auch die Änderung der Fassadengestaltung, das Anbringen von Empfangsanlagen bzw. Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien. Die Genehmigung kann versagt werden, wenn die beantragten Maßnahmen nicht der Satzung entsprechen.
2. Von den Vorschriften dieser Satzung können Ausnahmen zugelassen werden,
  - wenn die Anforderungen in einem nicht angemessenen Verhältnis zur Baumaßnahme selbst stehen und der zu schützende Aussagewert im Wesentlichen erhalten bleibt;
  - wenn die Maßnahmen Anlagen oder Anlagenteile betreffen, die vom öffentlichen Verkehrsraum aus nicht sichtbar sind;
  - bei Sicherungsmaßnahmen, wenn sie der Erhaltung von baulichen Anlagen im Sinne dieser Satzung dienen;
  - wenn im Einzelfall besondere öffentliche Belange höher zu bewerten sind, als die Bedeutung der einzelnen baulichen Anlagen und diese nicht im Verzeichnis der schutzwürdigen städtebaulichen Räume, Gebäude und Bauteile oder in der Denkmalliste des Landes Thüringen aufgeführt sind.
  - wenn diese Neubauten betreffen.

Diese Ausnahmen können mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

## § 17

### Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig den Vorschriften zu den Allgemeinen Grundsätzen der Gestaltung, den Dächern, den Fassaden, den Fenstern, den Türen und Toren, den Vortreppen, den Ausfahrten, den Einfriedungen, den Außenanlagen, den Straßenmöbeln und -schildern zuwiderhandelt. Insoweit gilt § 86 Abs. 1 Nr. 1 ThürBO. Eine Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 86 Abs. 3 ThürBO mit einer Geldbuße bis zu 500.000 Euro geahndet werden.

## § 18

### Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Sie gilt nicht für Maßnahmen, die nachweislich vor dem Inkrafttreten begonnen oder in Auftrag gegeben wurden. Gleichzeitig tritt die Gestaltungssatzung der Stadt Hermsdorf vom 17.07.2018 außer Kraft.

Anlage: Geltungsbereich der Örtlichen Bauvorschrift über die Gestaltung baulicher Anlagen in der Innenstadt von Hermsdorf von Juni 2021 (Maßstab 1:2.000)

Hermsdorf, den 30.06.2021

(im Original gezeichnet und gesiegelt)

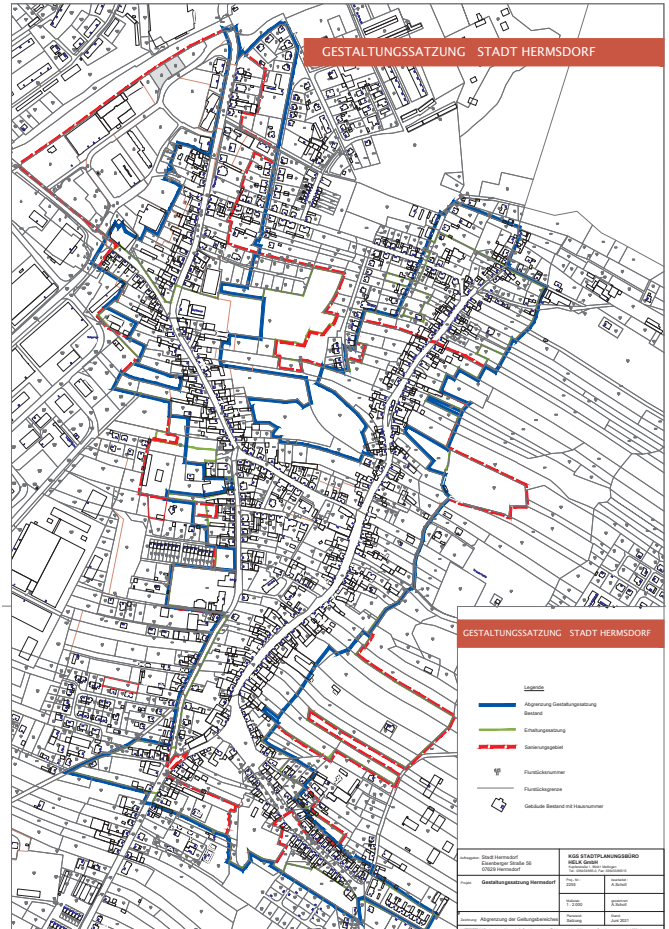
**Hofmann**

**Bürgermeister**

### Anlage zum § 4 - Kulturdenkmale

Folgende Baudenkmale im Gebäudebestand der Stadt Hermsdorf sind durch die untere Denkmalschutzbehörde und das Landesamt für Denkmalpflege ausgewiesen:

1. Alte Regensburger Straße 2 und 2a historischer Guts- und Gasthof „Zum Schwarzen Bär“
2. Alte Regensburger Straße 24
3. Alte Regensburger Straße 32
4. Schulstraße 30 (Friedensschule)
5. Bergstraße 3
6. Bergstraße 7
7. Kirchgasse 2 (St. Salvator-Kirche mit Ausstattung, Kirchhof, Einfriedung)



## Bekanntmachung

Der Stadtrat der Stadt Hermsdorf hat in seiner Sitzung am 14.06.2021 mit Beschluss-Nr. BV01/021/2021 die Satzung über die Straßenreinigung im Gebiet der Stadt Hermsdorf (Straßenreinigungssatzung) beschlossen.

Die Satzung wurde dem Landratsamt des Saale-Holzland-Kreises als zuständige Rechtsaufsichtsbehörde zur Prüfung vorgelegt.

Die Genehmigung zur vorzeitigen Bekanntmachung liegt mit Schreiben vom 22.06.2021 vor (Eingang 24.06.2021).

Die o.g. Straßenreinigungssatzung der Stadt Hermsdorf wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hermsdorf, 30.06.2021

**Hofmann**

**Bürgermeister**

(im Original gezeichnet und gesiegelt)

## Satzung über die Straßenreinigung im Gebiet der Stadt Hermsdorf (Straßenreinigungssatzung)

Aufgrund des § 19 Abs. 1 der Thüringer Kommunalordnung (ThürKO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Januar 2003 (GVBl. S. 41), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 23. März 2021 (GVBl. S. 115), und des § 49 des Thüringer Straßengesetzes (ThürStrG) vom 07. Mai 1993 (GVBl. S. 273) in der Fassung vom 23. September (GVBl. S. 433), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. November 2020, (GVBl. S. 560), hat der



Stadtrat der Stadt Hermsdorf in seiner Sitzung am 14.06.2021 folgende Satzung über die Straßenreinigung (Straßenreinigungssatzung) im Gebiet der Stadt Hermsdorf beschlossen:

## **Allgemeine Bestimmungen**

### **§ 1**

#### **Übertragung der Reinigungspflicht**

(1) Die Verpflichtung zur Reinigung der öffentlichen Straßen nach § 49 Abs. 1 bis 3 ThürStrG wird nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen auf die Eigentümer und Besitzer der durch öffentliche Straßen erschlossenen, bebauten und unbebauten Grundstücke übertragen.

(2) Der Stadt verbleibt die Verpflichtung zur Reinigung der Fahrbahn, die Überwege, die Straßenrinnen und die Einflußöffnungen der Straßenkanäle der in der Anlage 1 aufgeführten Straßen (Straßenabschnitte).

(3) Soweit die Stadt nach Abs. 2 verpflichtet bleibt, übt sie die Reinigungspflicht als öffentlich-rechtliche Aufgabe aus.

### **§ 2**

#### **Gegenstand der Reinigungspflicht**

(1) Zu reinigen sind:

innerhalb der geschlossenen Ortslage (§ 5 Abs. 1 Satz 2 ThürStrG) alle öffentlichen Straßen.

(2) Die Reinigungspflicht erstreckt sich auf:

- a.) die Fahrbahnen einschließlich Radwege, Mopedwege und Standspuren,
- b.) die Parkplätze,
- c.) die Straßenrinnen und Einflußöffnungen der Straßenkanäle,
- d.) die Gehwege und Schrammborde,
- e.) Böschungen, Stützmauern und ähnliches,
- f.) die Überwege.

(3) Gehwege im Sinne dieser Satzung sind die für den Fußgängerverkehr ausdrücklich bestimmten und äußerlich von der Fahrbahn abgegrenzten Teile der Straße (z.B. Bürgersteige, unbefestigte Gehwege, Seitenstreifen) sowie räumlich von einer Fahrbahn, getrennte selbständige Fußwege. Soweit in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325 StVO) Gehwege nicht vorhanden sind, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

Sicherheitsstreifen bis 0,5 m, sog. Schrammborde, sind keine Gehwege im Sinne dieser Satzung.

(4) Überwege sind die als solche besonders gekennzeichneten Überwege für den Fußgängerverkehr sowie die Überwege an Straßenkreuzungen und Einmündungen in Verlängerung der Gehwege.

### **§ 3**

#### **Verpflichtete**

(1) Verpflichtete im Sinne dieser Satzung für die in § 1 bezeichneten Grundstücke sind die Eigentümer, Erbbauberechtigten, Wohnungseigentümer, Nießbraucher nach §§ 1030 ff BGB, Wohnungsberechtigten nach § 1093 BGB sowie sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte, denen – abgesehen von der oben erwähnten Wohnungsberechtigung – nicht nur eine Grunddienstbarkeit oder eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zusteht.

(2) Gleiches gilt für sonstige Besitzer, die das Grundstück gebrauchen, wenn sie die durch diese Satzung begründeten Verpflichtungen vertraglich übernommen haben und wenn dazu die Stadt ihre jederzeit frei widerrufliche Genehmigung erteilt hat.

(3) Die nach den Absätzen 1 und 2 Verpflichteten haben in geeigneter Weise Vorsorge zu treffen, dass die ihnen nach dieser Satzung auferlegten Verpflichtungen ordnungsgemäß von einem Dritten erfüllt werden, wenn sie das Grundstück nicht oder nur unerheblich selbst nutzen. Name und Anschrift des Dritten sind der Stadt umgehend mitzuteilen.

(4) Verpflichtete nach Absatz 1 können nur dann in Anspruch genommen werden, wenn die Reinigungspflicht gegenüber Verpflichteten nach Absatz 2 nicht durchsetzbar ist.

(5) Liegen mehrere Grundstücke hintereinander zur sie erschließenden Straße, so bilden das an der Straße angrenzende Grundstück (Vorderliegergrundstück) und die dahinterliegenden Grundstücke (Hinterliegergrundstücke) eine Straßenreinigungseinheit. Hinterliegergrundstücke sind jedoch nur Grundstücke, die nicht selbst an die öffentliche Straße oder einen öffentlichen Weg angrenzen. Die Grundstücke bilden auch dann eine Straßeneinheit, wenn sie durch mehrere Straßen erschlossen werden. Hintereinander zur sie erschließenden Straße liegen Grund-

stücke dann, wenn sie mit der Hälfte oder mehr ihrer dieser Seite hinter dem Vorderliegergrundstück liegen.

Die Eigentümer und Besitzer der zur Straßenreinigungseinheit gehörenden Grundstücke sind abwechselnd reinigungspflichtig. Die Reinigungspflicht wechselt von Woche zu Woche. Sie beginnt jährlich neu mit dem ersten Montag eines jeden Jahres bei dem Verpflichteten des Vorderliegergrundstückes, fortfahrend in der Reihenfolge der dahinterliegenden Grundstücke.

### **§ 4**

#### **Umfang der Reinigungspflicht**

Die Reinigungspflicht umfasst

- a.) die allgemeine Straßenreinigung (§§ 5 bis 8) und
- b.) den Winterdienst (§§ 9 und 10).

## **II.**

## **ALLGEMEINE STRAßENREINIGUNG**

### **§ 5**

#### **Umfang der allgemeinen Straßenreinigung**

(1) Die ausgebauten Straßen (Straßenabschnitte, Straßenteile) sind regelmäßig und so zu reinigen, dass eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, insbesondere eine Gesundheitsgefährdung, infolge Verunreinigung der Straße aus ihrer Benutzung oder durch Witterungseinflüsse vermieden oder beseitigt wird. Ausgebaut im Sinne dieser Satzung sind Straßen (Straßenabschnitte, Straßenteile), wenn sie mit einer festen Decke (Asphalt, Beton, Pflaster, Platten, Teer oder einem in ihrer Wirkung ähnlichen Material) versehen sind.

(2) Bei nicht ausgebauten Straßen (Straßenabschnitte, Straßenteile) oder Straßen mit wassergebundener Decke umfasst die Reinigung nur das Beseitigen von Fremdkörpern, groben Verunreinigungen, Laub, Schlamm oder ähnlichem.

(3) Der Staubentwicklung beim Straßenreinigen ist durch Besprengen mit Wasser vorzubeugen, soweit nicht besondere Umstände entgegenstehen (z.B. ausgerufenen Wassernotstand).

(4) Bei der Reinigung sind solche Geräte zu verwenden, die die Straße nicht beschädigen.

(5) Der Straßenkehrriech ist sofort zu beseitigen. Er darf weder Nachbarn, noch Straßensinkkästen, sonstigen Entwässerungsanlagen, offenen Abwässergräben, öffentlich aufgestellten Einrichtungen (z.B. Papierkörbe, Glas- und Papiersammelcontainer) und öffentlich unterhaltenen Anlagen (z.B. Gruben, Gewässer usw.) zugeführt werden.

### **§ 6**

#### **Reinigungsfläche**

(1) Die zu reinigende Fläche erstreckt sich vom Grundstück aus in der Breite, in der es zu einer oder mehreren Straßen hin liegt, bis zur Mitte der Straße. Bei Eckgrundstücken vergrößert sich die Reinigungsfläche bis zum Schnittpunkt der Straßenmitten. Bei Plätzen ist außer dem Gehweg und der Straßenrinne ein 4 m breiter Streifen – vom Gehwegrand in Richtung Fahrbahn bzw. Platzmitte – zu reinigen.

### **§ 7**

#### **Reinigungszeiten**

(1) Soweit nicht besondere Umstände (plötzlich oder den normalen Rahmen übersteigende Verschmutzung) ein sofortiges Räumen notwendig machen, sind die Straßen durch die nach § 3 Verpflichteten nach dem jeweiligen Bedarf, mindestens aber einmal monatlich zu reinigen.

(2) Darüber hinaus kann die Stadt bestimmen, dass in besonderen Fällen (Veranstaltungen, Volks- und Heimatfeste, Umzüge und ähnliches) einzelne Straßen zusätzlich gereinigt werden müssen. Derartige Verpflichtungen sind öffentlich bekannt zu machen.

(3) Die Reinigungspflicht des Verursachers nach § 17 Abs. 1 Thüringer Straßengesetz, § 7 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz und § 32 Abs.1 Straßenverkehrsordnung bleibt unberührt.

### **§ 8**

#### **Öffentliche Straßenreinigung**

(1) Die Bestimmungen dieser Satzung gelten entsprechend auch für die allgemeine Reinigung der Straßenteile (§ 2 Abs. 2 Buchst. a bis c und f) der in einem Verzeichnis als Anlage 1 zu dieser Satzung aufgeführten Straßen und für die Reinigungspflicht für die Überwege dieser Straßen.



(2) Die Eigentümer der durch diese Straßen erschlossenen Grundstücke (§ 3) haben das Recht und die Pflicht, sich der öffentlichen Straßenreinigung zu bedienen (Anschluß- und Benutzungszwang).

### III WINTERDIENST

#### § 9 Schneeräumung

(1) Neben der allgemeinen Straßenreinigungspflicht haben die Verpflichteten bei Schneefall die Gehwege und Zugänge zu Überwegen vor ihren Grundstücken in einer solchen Breite von Schnee zu räumen, dass der Verkehr nicht mehr als unvermeidbar beeinträchtigt wird.

Soweit in Fußgängerzonen (Zeichen 242 StVO) und in verkehrsberuhigten Bereichen (Zeichen 325 StVO) Gehwege nicht vorhanden sind, gilt als Gehweg ein Streifen von 1,5 m Breite entlang der Grundstücksgrenze.

Bei Straßen mit einseitigem Gehweg sind sowohl die Eigentümer oder Besitzer der auf der Gehwegseite befindlichen Grundstücke als auch die Eigentümer der auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Grundstücke zum Winterdienst auf diesem Gehweg verpflichtet. In Jahren mit gerader Endziffer sind die Eigentümer oder Besitzer der auf der Gehwegseite befindlichen Grundstücke, in Jahren mit ungerader Endziffer die Eigentümer oder Besitzer der auf der gegenüberliegenden Straßenseite befindlichen Grundstücke verpflichtet.

Die in Frage kommende Gehwegfläche bestimmt sich nach § 6 Abs. 1 der Satzung, wobei den gegenüberliegenden Grundstücken deren Grundstücksbreite auf die Gehwegseite zu projiziert ist.

Mündet in Straßen mit einseitigem Gehweg auf der dem Gehweg gegenüberliegenden Seite eine Straße ein, so sind die Eigentümer oder Besitzer der Eckgrundstücke verpflichtet, zusätzlich zu der vorstehend festgelegten Gehwegfläche auch den Teil des Gehweges von Schnee zu räumen, der gegenüber der einmündenden Straße liegt, und zwar jeweils bis zur gedachten Verlängerung der Achse der einmündenden Straße.

(2) Die von Schnee geräumten Flächen vor den Grundstücken müssen so aufeinander gestimmt sein, dass eine durchgehende benutzbare Gehwegfläche gewährleistet ist. Der später Räumende muss sich insoweit an die schon bestehende Gehwegrichtung vor den Nachbargrundstücken bzw. Überwegrichtung vom gegenüberliegenden Grundstück anpassen.

(3) Für jedes Hausgrundstück ist ein Zugang zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang in einer Breite von mindestens 1,5 Meter zu räumen.

(4) Festgetretener oder auftauender Schnee ist ebenfalls – soweit möglich und zumutbar – zu lösen und abzulagern

(5) Soweit den Verpflichteten die Ablagerung des zu beseitigenden Schnees und der Eisstücke auf Flächen außerhalb des Verkehrsraumes nicht zugemutet werden kann, darf der Schnee auf Verkehrsflächen nur so abgelagert werden, dass der Verkehr und vor allem auch die Räumfahrzeuge möglichst wenig beeinträchtigt werden.

(6) Schnee und Eis von den nur privat genutzten Grundstücken dürfen nicht auf die öffentlichen Verkehrsflächen verbracht werden.

(7) Die Abflussrinnen müssen bei Tauwetter von Schnee freigehalten werden.

(8) Die in den vorstehenden Absätzen festgelegten Verpflichtungen gelten für die Zeit von 07.00 bis 20.00 Uhr. Sie sind bei Schneefall jeweils unverzüglich durchzuführen.

#### § 10 Beseitigung von Schnee- und Eisglätte

(1) Bei Schnee- und Eisglätte haben die Verpflichteten die Gehwege, die Zugänge zu Überwegen, die Zugänge zur Fahrbahn und zum Grundstückseingang derart und so rechtzeitig zu bestreuen, dass Gefahren nach allgemeiner Erfahrung nicht entstehen können. Das gilt auch für „Rutschbahnen“. In Fußgängerzonen und verkehrsberuhigten Bereichen findet § 9 Abs. 1 Satz 2 Anwendung. Bei Straßen mit einseitigem Gehweg findet für die Beseitigung von Schnee- und Eisglätte die Regelung des § 9 Abs. 1 Sätze 3 ff Anwendung.

(2) Bei Eisglätte sind Bürgersteige grundsätzlich in voller Breite und Tiefe, Zugänge zur Fahrbahn und zu Überwegen in einer

Breite von 1,5 m abzustumpfen. Noch nicht vollständig ausgebaute/fertiggestellte Gehwege müssen in einer Mindestdiefe von 1,5 m in der Regel an der Grundstücksgrenze beginnend, abgestumpft werden. § 9 Abs. 2 gilt entsprechend.

(3) Bei Schneeglätte braucht nur die nach § 9 zu räumende Fläche abgestumpft werden.

(4) Als Streumaterial sind vor allem Sand, Salz, Splitt und ähnliches abstumpfendes Material zu verwenden. Asche darf zum Bestreuen nur in dem Umfang und in der Menge verwendet werden, dass eine übermäßige Verschmutzung der Geh- und Überwege nicht eintritt. Salz darf nur in geringen Mengen zur Beseitigung festgetretener Eis- und Schneerückstände verwendet werden. Die Rückstände müssen nach ihrem Auftauen sofort beseitigt werden.

(5) Auftauendes Eis auf den in den Abs. 2 und 3 bezeichneten Flächen ist aufzuhacken und entsprechend des § 9 Abs. 5 zu beseitigen.

(6) Beim Abstumpfen und Beseitigen von Eisglätte dürfen nur solche Hilfsmittel verwendet werden, die die Straßen nicht beschädigen.

(7) § 9 Abs. 8 gilt entsprechend.

### IV SCHLUSSVORSCHRIFTEN

#### § 11 Ausnahmen

Befreiungen von der Verpflichtung zur Reinigung der Straße können ganz oder teilweise nur dann auf besonderen Antrag erteilt werden, wenn auch unter Berücksichtigung des allgemeinen Wohles die Durchführung der Reinigung dem Pflichtigen nicht zugemutet werden kann.

#### § 12 Ordnungswidrigkeiten

(1) Vorsätzliche und fahrlässige Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften dieser Satzung können gemäß § 19 Abs. 2 und § 19 Abs. 1 S. 4 und 5 ThürKO in Verbindung mit § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OwiG) mit einer Geldbuße bis zu 5.000 Euro geahndet werden. Zuständige Verwaltungsbehörde im Sinne des § 36 OwiG ist die Stadt Hermsdorf.

(2) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig

1. entgegen den §§ 5 und 6 der Reinigung der Straßen nicht oder nicht vollständig nachkommt,
2. entgegen § 7 die Reinigung nicht anlassbezogen bzw. turnusmäßig durchführt,
3. entgegen den §§ 9 und 10 der Beseitigung von Schnee- und Eisglätte nicht, nicht rechtzeitig oder nicht vollständig nachkommt,
4. entgegen § 9 Abs. (6) Schnee und Eis von den nur privat genutzten Grundstücken auf die öffentlichen Verkehrsflächen verbracht werden.

#### § 13 Zwangsmassnahmen

Die Vollstreckung der nach dieser Satzung ergangenen Verwaltungsverfügungen erfolgt nach dem Thüringer Verwaltungszustellungs- und Vollstreckungsgesetz (ThürVwZVG) in der jeweils aktuellen Fassung mittels Ersatzvornahme auf Kosten des Verpflichteten oder Festsetzung eines Zwangsgeldes. Das Zwangsgeld kann wiederholt werden.

#### § 14 Inkrafttreten

- (1) Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft
- (2) Gleichzeitig tritt die Satzung vom 31.05.2000 außer Kraft.

Hermsdorf, den 25.06.2021

**Hofmann**

**Bürgermeister**

(im Original gezeichnet und gesiegelt)

#### Anlage 1

#### **Verzeichnis der in die öffentliche Straßenreinigung einbezogenen Straßen - § 8**

Alte Regensburger Straße

Eisenberger Straße

Erich-Weinert-Straße

Lahnsteiner Straße (gilt nicht für Wohnwege)

Naumburger Straße  
 Rodaer Straße  
 Schulstraße  
 Werner-Seelenbinder-Straße  
 Am Globus  
 Robert-Friese-Straße  
 Wildungsstraße  
 An der Sporthalle  
 Käthe-Kollwitz-Platz  
 Am Bahnhof  
 Felsenkellerweg  
 Schleifreisener Weg  
 Mendelssohnstraße  
 Uthmannstraße  
 Rubinsteinstraße  
 Rosa-Luxemburg-Platz  
 Hermann-Käppler-Platz  
 Kurt-Eisner-Platz  
 Gewerbegebiete: Ost I, Ost II und Tridelta  
 kombinierte Rad- und Gehwege

## Öffentliche Bekanntmachung

### Bekanntmachung der Stadt Hermsdorf

#### Betr.: Aufstellung des Bebauungsplanes Allgemeines Wohngebiet „Bergstraße“ Hermsdorf gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB

Der Stadtrat der Stadt Hermsdorf hat am 14.06.2021 in öffentlicher Sitzung aufgrund § 2 Abs. 1 BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Allgemeines Wohngebiet „Bergstraße“ in der Stadt Hermsdorf beschlossen.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes besitzt eine Fläche von ca. 2,84 ha und beinhaltet folgende Flurstücke der Gemarkung Hermsdorf:

Flur 7 der Gemarkung Hermsdorf: Flurstücke 235/1; 238/3; 240/1 und Flurstück 240/4.

Das Plangebiet befindet sich am östlichen Ende der Bergstraße und stellt eine ehemals gewerblich genutzte Brachfläche dar.

Für den räumlichen Geltungsbereich des Bebauungsplanes ist nachfolgender Lageplan maßgebend. Er ergibt sich aus folgendem Kartenausschnitt:



Geoproxy Thüringen (Zugriff: 04.06.2021) Übersichtsplan - Geltungsbereich des Bebauungsplanes (unmaßstäbliche Darstellung). Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB wird in Form einer Planauslage mit Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung der Planung durchgeführt.

Die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange, deren Aufgabengebiet durch die Planung berührt werden kann, werden entsprechend § 4 Abs. 1 und Abs. 2 BauGB beteiligt.

Für die Belange des Umweltschutzes nach § 1 Abs. 6 Nr. 7 BauGB wird eine Umweltprüfung durchgeführt.

#### Anlass und Inhalt der Planung

Ziel des Bebauungsplans ist die Schaffung von Planungsrecht für die Errichtung von Einfamilienhäusern.

Die Fläche im Nordosten der Stadt Hermsdorf ist als Revitalisierungsfläche eines ehem. Gewerbestandortes und als geplante Wohnbaufläche im Entwurf des gemeinsamen Flächennutzungsplanes der Stadt Hermsdorf und der Gemeinde Bad Klosterlausnitz enthalten.

Mit der Aufstellung des Bebauungsplanes werden die bauplanungsrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen für die Realisierung eines Wohngebietes geschaffen.

Dieser Beschluss wird hiermit bekannt gemacht.

Hermsdorf, den 19.07.2021

**Der Bürgermeister**  
 (Unterschrift)

## Amtliche Bekanntmachungen der Gemeinde Mörsdorf

### Ihre Ansprechpartner in der Gemeinde Mörsdorf



Foto: VG Hermsdorf

v.links

1. Beigeordnete

Fr. Dr. med. Sylke Schneider,

2. Beigeordnete

Fr. Anika Kirstein

Telefon: 036428 61675

Telefax: 036428 549647

E-Mail: moersdorf@vg-hermsdorf.de

Sprechzeiten nach telefonischer Vereinbarung

Donnerstag: 17.00 - 19.00 Uhr

## Bürgermeisterwahl 2021 - Öffentliche Bekanntmachung

### über das Einreichen von Wahlvorschlägen für die Wahl des ehrenamtlichen Bürgermeisters am 26.09.2021 in der Gemeinde Mörsdorf

In der **Gemeinde Mörsdorf** wird am **26.09.2021** ein ehrenamtlicher Bürgermeister gewählt.

1.

Zum ehrenamtlichen Bürgermeister ist jeder Wahlberechtigte im Sinne der §§ 1 und 2 ThürKWG wählbar, der am Wahltag das 21. Lebensjahr vollendet und seit mindestens sechs Monaten seinen Aufenthalt in der Gemeinde hat. Der Aufenthalt in der Gemeinde wird vermutet, wenn die Person in der Gemeinde gemeldet ist. Bei mehreren Wohnungen ist die Hauptwohnung im Sinne des Melderechtes maßgebend. Personen, welche die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union besitzen, sind unter denselben Bedingungen wahlberechtigt und wählbar, wie Deutsche.

Mitgliedstaaten der Europäischen Union sind neben der Bundesrepublik Deutschland:

Königreich Belgien, Republik Bulgarien, Königreich Dänemark, Republik Estland, Republik Finnland, Französische Republik, Hellenische Republik (Griechenland), Irland, Italienische Republik, Republik Lettland, Republik Litauen, Großherzogtum Luxemburg, Republik Malta, Königreich der Niederlande, Republik Österreich, Republik Polen, Portugiesische Republik, Rumänien, Königreich Schweden, Republik Slowenien, Slowakische Republik, Königreich Spanien, Tschechische Republik, Republik Ungarn sowie Republik Zypern.

Nicht wählbar ist, wer infolge Richterspruches die Wählbarkeit oder die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter nicht besitzt oder sich zum Zeitpunkt der Wahl wegen einer vorsätzlichen Straftat in Straftat oder in Sicherungsverwahrung befindet.

Zum Bürgermeister kann außerdem nicht gewählt werden, wer nicht die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit für die freiheitlich demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Landesverfassung eintritt.

Darüber hinaus ist zum Bürgermeister nicht wählbar, wer im Übrigen die persönliche Eignung für eine Berufung in ein Beamten-



verhältnis nach den für Beamte des Landes geltenden Bestimmungen nicht besitzt.

Jeder Bewerber für das Amt des Bürgermeisters hat für die Zulassung zur Wahl gegenüber dem Gemeindevorstand eine schriftliche Erklärung abzugeben, ob er wesentlich als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter mit dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Amt für Nationale Sicherheit oder Beauftragten dieser Einrichtung zusammengearbeitet hat; er muss ferner erklären, dass er mit der Einholung der erforderlichen Auskünfte insbesondere beim Landesamt für Verfassungsschutz sowie beim Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR einverstanden ist und ihm die Eignung für eine Berufung in ein Beamtenverhältnis nach den für Beamte des Landes geltenden Bestimmungen nicht fehlt - § 24 Abs. 3 Satz 3 ThürKWG.

#### 1.1.

**Wahlvorschläge** für die Wahl des Bürgermeisters können von **Parteien** im Sinne des Artikels 21 des Grundgesetzes, **Wählergruppen** und **Einzelbewerbern** eingereicht werden.

**Zur Einreichung von Wahlvorschlägen wird hiermit aufgefordert!**

Jede Partei, jede Wählergruppe oder jeder Einzelbewerber kann nur **einen** Wahlvorschlag einreichen, der nur **einen** Bewerber enthalten darf und dem eine Erklärung des Bewerbers nach § 24 Abs. 3 Satz 3 ThürKWG beizufügen ist. Der Bewerber darf nur in einem Wahlvorschlag aufgestellt werden; er muss hierzu seine Zustimmung schriftlich erteilen, sofern er Bewerber im Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe ist.

Der Wahlvorschlag einer Partei oder Wählergruppe muss den Namen der Partei oder der Wählergruppe als Kennwort tragen; dem Kennwort kann eine weitere Bezeichnung hinzugefügt werden, wenn das zur deutlichen Unterscheidung der Wahlvorschläge erforderlich ist. Gemeinsame Wahlvorschläge müssen die Namen sämtlicher daran beteiligter Parteien oder Wählergruppen tragen. Die Wahlvorschläge von Parteien und Wählergruppen müssen die Unterschriften von zehn Wahlberechtigten tragen, die nicht Bewerber des Wahlvorschlages sind. Jede Person darf nur einen Wahlvorschlag unterzeichnen. Bei Mehrfachunterzeichnungen erklärt der Wahlausschuss die Unterzeichnung für ungültig.

In jedem Wahlvorschlag sind ein Beauftragter und ein Stellvertreter zu bezeichnen. Der Beauftragte und sein Stellvertreter müssen wahlberechtigt sein. Fehlt eine Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner des Wahlvorschlages als Beauftragter, der zweite als sein Stellvertreter. Ist nur ein Beauftragter und nicht auch der Stellvertreter bezeichnet, dann ist der erste Unterzeichner des Wahlvorschlages der Stellvertreter. Soweit im Thüringer Kommunalwahlgesetz nichts anderes bestimmt ist, sind nur der Beauftragte und bei seiner Verhinderung sein Stellvertreter berechtigt, verbindliche Erklärungen zum Wahlvorschlag abzugeben und entgegenzunehmen. Im Zweifelsfall gilt die Erklärung des Beauftragten. Der Beauftragte und sein Stellvertreter können durch schriftliche Erklärung der Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages gegenüber dem Gemeindevorstand abberufen und durch andere ersetzt werden.

#### 1.2.

Der Wahlvorschlag der Partei oder Wählergruppe muss nach dem Muster der **Anlage 5** zur Thüringer Kommunalwahlordnung (ThürKWO) enthalten:

- Kennwort der einreichenden Partei oder Wählergruppe,
- Nachnamen, Vornamen, Geburtsdatum, Beruf und Anschrift des Bewerbers,
- die Bezeichnung des Beauftragten und seines Stellvertreters,
- die Unterschriften von zehn Wahlberechtigten unter Angabe ihres Vor- und Nachnamens, ihres Geburtsdatums und ihrer Anschrift.

Dem Wahlvorschlag der Partei oder Wählergruppe sind als Anlagen beizufügen:

- Die Erklärungen des Bewerbers nach dem Muster der **Anlage 6a** zur ThürKWO, dass er seiner Aufnahme als Bewerber in den Wahlvorschlag zustimmt, nicht für dieselbe Wahl in einem anderen Wahlvorschlag aufgestellt ist, zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Amt für Nationale Sicherheit oder Beauftragten dieser Einrichtungen und des Einverständnisses mit der Einholung der erforderlichen Auskünfte sowie dass ihm die Eignung für

eine Berufung in ein Beamtenverhältnis nach den für Beamte des Landes geltenden Bestimmungen nicht fehlt,

- eine Ausfertigung der Niederschrift nach § 15 Abs. 3 Satz 1 ThürKWG über die nach § 15 Abs. 1 ThürKWG von der Partei oder Wählergruppe durchzuführende Versammlung,
- Versicherung an Eides statt des Versammlungsleiters und zwei weiterer Teilnehmer der Versammlung nach § 15 Abs. 3 Satz 2 ThürKWG.

#### 1.3.

Der Wahlvorschlag des Einzelbewerbers muss nach dem Muster der **Anlagen 7 u. 7a** zur ThürKWO den Nachnamen des Bewerbers als Kennwort, den Vornamen, das Geburtsdatum, den Beruf und die Anschrift des Bewerbers sowie unter Angabe des Vor- und Nachnamens, des Geburtsdatums und der Anschrift die Unterschriften von mindestens fünfmal so viel Wahlberechtigten tragen, wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind (**insgesamt 40 Unterschriften**).

Bewirbt sich der bisherige Bürgermeister als Einzelbewerber, sind keine Unterstützungsunterschriften erforderlich.

Dem Wahlvorschlag des Einzelbewerbers ist als Anlage beizufügen:

Die Erklärungen des Einzelbewerbers nach dem Muster der **Anlage 6a** zur ThürKWO, dass er nicht für dieselbe Wahl in einem anderen Wahlvorschlag als Bewerber aufgestellt ist, zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, dem Amt für Nationale Sicherheit oder Beauftragten dieser Einrichtungen und des Einverständnisses mit der Einholung der erforderlichen Auskünfte sowie dass ihm die Eignung für eine Berufung in ein Beamtenverhältnis nach den für Beamte des Landes geltenden Bestimmungen nicht fehlt.

#### 2.

Der von einer Partei oder einer Wählergruppe aufgestellte Bewerber muss in einer zu diesem Zweck einberufenen Versammlung von den wahlberechtigten Mitgliedern der Partei oder den wahlberechtigten Angehörigen der Wählergruppe in geheimer Abstimmung gewählt werden. Jeder stimmberechtigte Teilnehmer der Versammlung ist vorschlagsberechtigt. Den Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihre Ziele der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Zur Aufstellung eines gemeinsamen Wahlvorschlages ist eine gemeinsame Versammlung aller beteiligten Wahlvorschlagsträger durchzuführen. Der Bewerber kann auch durch eine Versammlung von Delegierten, die von den wahlberechtigten Angehörigen der Wählergruppe aus der Mitte einer vorgenannten Mitgliederversammlung zu diesem Zweck gewählt worden ist, in geheimer Abstimmung gewählt werden.

Eine Ausfertigung der Niederschrift über die Wahl des Bewerbers, Ort und Zeit der Versammlung, die Form der Einladung sowie die Zahl der Anwesenden ist mit dem Wahlvorschlag einzureichen. Hierbei haben der Versammlungsleiter und zwei weitere Teilnehmer der Versammlung gegenüber dem Gemeindevorstand an Eides statt zu versichern, dass die Wahl in geheimer Abstimmung erfolgt ist, dass jeder stimmberechtigte Teilnehmer der Versammlung vorschlagsberechtigt war und den Bewerbern Gelegenheit gegeben wurde, sich und ihre Ziele der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen. Der Gemeindevorstand ist zur Abnahme einer solchen Versicherung an Eides statt zuständig; er gilt als zuständige Behörde im Sinne des § 156 des Strafgesetzbuches.

#### 3.

Wahlvorschläge von Parteien und Wählergruppen, die nicht aufgrund eines eigenen einzelnen Wahlvorschlages seit der letzten Wahl ununterbrochen im Bundestag, im Thüringer Landtag, im Kreistag des Landkreises Saale-Holzland-Kreis, oder im Gemeinderat der Gemeinde Mösrdorf vertreten sind, müssen neben den Unterschriften von **zehn Wahlberechtigten**, die der Wahlvorschlag jeder Partei oder Wählergruppe zu tragen hat, zusätzlich von viermal so viel Wahlberechtigten unterstützt werden, wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind (**32 Unterschriften**).

#### 3.1.

Eine Partei oder Wählergruppe, die nur als Wahlvorschlagsträger eines gemeinsamen Wahlvorschlages im Kreistag oder Gemeinderat vertreten ist, benötigt bei Einreichen eines eigenen einzelnen Wahlvorschlages neben den Unterschriften von zehn Wahlberechtigten, die der Wahlvorschlag jeder Partei oder Wählergruppe zu tragen hat, zusätzlich Unterstützungsunterschriften von viermal so viel Wahlberechtigten wie Gemeinderatsmitglieder zu wählen sind (32 Unterschriften). Ein gemeinsamer Wahlvorschlag bedarf keiner zusätzlichen Unterstützungsunterschriften, wenn dessen Wahlvorstandsträger seit der letzten Wahl in ihrer Gesamtheit im Gemeinderat oder Kreistag aufgrund desselben





gemeinsamen Wahlvorschlages ununterbrochen vertreten sind oder wenn einer der beteiligten Wahlvorschlagsträger mit einem eigenen einzelnen Wahlvorschlag keiner Unterstützungsunterschriften bedürfte, weil der Wahlvorschlagsträger seit der letzten Wahl ununterbrochen im Bundestag, im Thüringer Landtag, im Kreistag des Landkreises Saale – Holzland - Kreis, in dem die Gemeinde liegt oder im Gemeinderat vertreten ist.

### 3.2.

Unterstützungsunterschriften sind stets erforderlich, wenn eine Partei oder Wählergruppe mit einem geänderten oder neuen Namen einen Wahlvorschlag einreicht, es sei denn, dass die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages (§ 14 Abs. 1 Satz 4 ThürKWG) bereits Bewerber oder Unterzeichner des früheren Wahlvorschlages war.

### 3.3.

Die Wahlberechtigten haben sich zur Leistung von Unterstützungsunterschriften **persönlich** nach der Einreichung des Wahlvorschlages in eine von dem Gemeindevahlleiter bei der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf bis **zum 23.08.2021** ausgelegten Liste unter Angabe ihres Vor- und Nachnamens, ihrer Anschrift und ihres Geburtsdatums einzutragen und eine eigenhändige Unterschrift zu leisten.

Die Liste zur Leistung von Unterstützungsunterschriften wird von dem Gemeindevahlleiter mit dem Wahlvorschlag verbunden und unverzüglich nach Einreichung des Wahlvorschlages während der üblichen Dienstzeiten der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf

Montag	von	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr
Dienstag	von	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 15.30 Uhr
Mittwoch		geschlossen
Donnerstag	von	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 13.00 Uhr bis 17.30 Uhr
Freitag	von	09.00 Uhr bis 12.00 Uhr

im Einwohnermeldeamt, Zimmer 128/129 bzw. im Wahlbüro, Zimmer 108 in 07629 Hermsdorf, Am Alten Versuchsfeld 1 ausgelegt.

### Aufgrund der besonderen Situation um die Corona-Pandemie bitten wir dringend um Terminvereinbarungen!

Wahlberechtigte, die glaubhaft machen, dass sie wegen Krankheit oder einer körperlichen Beeinträchtigung nicht oder nur unter unzumutbaren Schwierigkeiten in der Lage sind, einen Eintragungsraum bei der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf aufzusuchen, erhalten auf Antrag einen Eintragungsschein. Die Eintragung kann in diesem Fall dadurch bewirkt werden, dass die wahlberechtigte Person auf dem Eintragungsschein ihre Unterstützung eines bestimmten Wahlvorschlages erklärt und eine Hilfsperson beauftragt, die Eintragung im Eintragungsraum für sie vorzunehmen; die wahlberechtigte Person hat auf dem Eintragungsschein an Eides statt zu versichern, dass die Voraussetzungen für die Erteilung eines Eintragungsscheins vorliegen. Von der Leistung von Unterstützungsunterschriften ausgeschlossen sind Bewerber von Wahlvorschlägen für dieselbe Wahl sowie Wahlberechtigte, die sich für dieselbe Wahl bereits in eine andere Unterstützungsliste eingetragen haben oder einen Wahlvorschlag für dieselbe Wahl unterzeichnet haben. Geleistete Unterschriften können nicht zurückgenommen werden.

### 3.4.

Trägt der Wahlvorschlag eines Einzelbewerbers noch nicht die erforderliche Zahl an Unterschriften, so wird dieser Wahlvorschlag ebenfalls von dem Gemeindevahlleiter mit einer Liste zur Leistung der noch erforderlichen Unterschriften (Anlage 7a zur ThürKWO) verbunden und unverzüglich nach Einreichung des Wahlvorschlages ausgelegt. Die unter 3.3. gemachten Ausführungen gelten entsprechend.

4. Die Wahlvorschläge dürfen frühestens nach der Bekanntmachung der Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen eingereicht werden.

Sie müssen **spätestens am**

**13.08.2021/12.00 Uhr**

eingereicht sein. Die Wahlvorschläge sind bei der VG Hermsdorf, Zimmer 108 zu den üblichen Sprechzeiten einzureichen.

Eingereichte Wahlvorschläge können nur

**bis zum 13.08.2021/12.00 Uhr**

durch gemeinsame schriftliche Erklärung des Beauftragten des Wahlvorschlages und der Mehrheit der übrigen Unterzeichner des Wahlvorschlages oder durch schriftliche Erklärung des Einzelbewerbers zurückgenommen werden.

### 5.

Wird nur ein gültiger oder überhaupt kein Wahlvorschlag eingereicht, so findet die Wahl ohne Bindung an einen vorgeschlagenen Bewerber statt.

### 6.

Die eingereichten Wahlvorschläge werden vom Gemeindevahlleiter unverzüglich auf Mängel überprüft und die Beauftragten oder die Einzelbewerber aufgefordert, festgestellte Mängel zu beseitigen. Mängel der Wahlvorschläge müssen spätestens bis zum 23.08.2021 /12.00 Uhr behoben sein.

Am 24.08.2021 tritt der Gemeindevahlausschuss im Gemeindezentrum der Gemeinde Mörsdorf zusammen und beschließt, ob die eingereichten Wahlvorschläge den durch das ThürKWG und die ThürKWO gestellten Anforderungen entsprechen und als gültig zuzulassen sind.

Stirbt ein Bewerber nach der Zulassung des Wahlvorschlages, aber vor der Wahl, so findet die Wahl nicht statt.

### 7.

Status- und Funktionsbezeichnungen gelten jeweils in männlicher und weiblicher Form.

Mörsdorf, den 01.07.2021

(im Original gezeichnet)

**Lämmerzahl**

**Gemeindevahlleiterin**

## Bekanntmachung der Sitzung des Wahlausschusses zur Prüfung der eingereichten Wahlvorschläge für die Wahl des Bürgermeisters der Gemeinde Mörsdorf am 26.09.2021

Die Sitzung des Wahlausschusses gemäß §§ 4 Abs. 5 und 17 Abs. 4 ThürKWG zur Prüfung der eingereichten Wahlvorschläge findet am

**Dienstag, dem 24.08.2021 um 18.00 Uhr**

**im Gemeindezentrum der Gemeinde Mörsdorf,**

**Hauptstraße 4 in 07646 Mörsdorf statt.**

Die Sitzung des Wahlausschusses ist gemäß § 1 Abs. 3 ThürKWO öffentlich.

(im Original gezeichnet)

**Lämmerzahl**

**Wahlleiterin**

## Öffentliche Bekanntmachung

### über das Recht auf Einsicht in das Wählerverzeichnis und die Erteilung von Wahlscheinen für die Bürgermeisterwahl in Mörsdorf am 26.09.2021

#### 1.

Das Wählerverzeichnis für die Bürgermeisterwahl in Mörsdorf wird in der Zeit vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl (**06.09.2021 bis 10.09.2021**) während der allgemeinen Öffnungszeiten in der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf, Am Alten Versuchsfeld 1, 07629 Hermsdorf im Einwohnermeldeamt, Zimmer 128 für Wahlberechtigte zur Einsichtnahme bereitgehalten. Jeder Wahlberechtigte kann die Richtigkeit und Vollständigkeit der zu seiner Person im Wählerverzeichnis eingetragenen Daten überprüfen. Sofern ein Wahlberechtigter die Richtigkeit oder Vollständigkeit der Daten von anderen im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen überprüfen will, hat er Tatsachen glaubhaft zu machen, aus denen sich eine Unrichtigkeit oder Unvollständigkeit des Wählerverzeichnisses ergeben kann. Das Recht auf Überprüfung besteht nicht hinsichtlich der Daten von Wahlberechtigten, für die im Melderegister ein Sperrvermerk nach dem Thüringer Meldegesetz eingetragen ist.

Das Wählerverzeichnis wird im automatisierten Verfahren geführt. Die Einsichtnahme ist durch ein Bildschirmgerät möglich.

#### 2.

Jeder Wahlberechtigte, der das Wählerverzeichnis für unrichtig oder unvollständig hält, kann in der Zeit vom 20. bis 16. Tag vor der Wahl (**06.09.2021 bis 10.09.2021**) Einwendungen gegen das Wählerverzeichnis erheben. Einwendungen können darauf gerichtet sein, eine neue Eintragung vorzunehmen

oder eine vorhandene Eintragung zu streichen oder zu berichtigen. Die Einwendungen müssen bei der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf, Am Alten Versuchsfeld 1, 07629 Hermsdorf im Einwohnermeldeamt, Zimmer 128 schriftlich erhoben oder zur Niederschrift erklärt werden; die vorgetragenen Gründe sind glaubhaft zu machen. Nach Ablauf der Einsichtsfrist sind Einwendungen nicht mehr zulässig.

### 3.

Wählen kann nur, wer in das Wählerverzeichnis eingetragen ist oder einen Wahlschein (hierzu unten Nr. 5) hat.

Wahlberechtigte, die in das Wählerverzeichnis eingetragen sind, erhalten bis spätestens zum 21. Tag vor der Wahl (05.09.2021) eine Wahlbenachrichtigung.

Wer keine Wahlbenachrichtigung erhalten hat, aber glaubt, wahlberechtigt zu sein, muss rechtzeitig Einwendungen gegen das Wählerverzeichnis erheben, um nicht Gefahr zu laufen, sein Wahlrecht nicht ausüben zu können.

### 4.

Wer einen Wahlschein hat, kann an den Kommunalwahlen im Wege der Briefwahl teilnehmen.

### 5.

Einen Wahlschein erhält auf Antrag,

#### 5.1

ein in das Wählerverzeichnis eingetragener Wahlberechtigter,

#### 5.2

ein nicht in das Wählerverzeichnis eingetragener Wahlberechtigter,

- wenn er nachweist, dass er ohne sein Verschulden die Frist zur Erhebung von Einwendungen versäumt hat,
- wenn die Voraussetzungen für seine Eintragung in das Wählerverzeichnis erst nach Ablauf der Frist zur Erhebung von Einwendungen eingetreten sind oder
- wenn das Wahlrecht aufgrund einer erhobenen Einwendung festgestellt wurde und dies der Gemeinde erst nach Abschluss des Wählerverzeichnisses bekannt wird.

### 6.

Wahlscheine können von in das Wählerverzeichnis eingetragenen Wahlberechtigten bis zum zweiten Tag vor der Wahl (24.09.2021), bis 18.00 Uhr, bei der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf, Am Alten Versuchsfeld 1, 07629 Hermsdorf im Wahlbüro, Zimmer 108 mündlich oder schriftlich beantragt werden. Eine telefonische Antragstellung ist unzulässig.

Im Falle nachweislich plötzlicher Erkrankung, die ein Aufsuchen des Wahlraumes nicht oder nur unter nicht zumutbaren Schwierigkeiten möglich macht, kann der Antrag noch bis zum Wahltag (26.09.2021), 15.00 Uhr gestellt werden.

Versichert ein Wahlberechtigter glaubhaft, dass ihm der beantragte Wahlschein nicht zugegangen ist, kann ihm bis zum Tage vor der Wahl (25.09.2021), 12.00 Uhr, ein neuer Wahlschein erteilt werden.

Nicht in das Wählerverzeichnis eingetragene Wahlberechtigte können aus den unter 5.2 Buchstaben a) bis c) angegebenen Gründen den Antrag auf Erteilung eines Wahlscheines noch bis zum Wahltag (26.09.2021), 15.00 Uhr stellen.

### 7.

Wer den Wahlscheinantrag für einen anderen stellt, muss durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachweisen, dass er dazu berechtigt ist. Ein hilfebedürftiger Wahlberechtigter kann sich bei der Antragstellung der Hilfe einer anderen Person bedienen.

Mit dem Wahlschein erhält der Wahlberechtigte:

- einen amtlichen Stimmzettel für jede Wahl, zu der der Antragsteller wahlberechtigt ist
- einen amtlichen Stimmzettelschlag,
- einen Wahlbriefumschlag, auf dem der Name der Gemeinde Mörsdorf, Hauptstraße 4, 07646 Mörsdorf und die Nummer des Wahlscheines angegeben sind, sowie
- ein Merkblatt für die Briefwahl.

Die Abholung von Wahlschein und Briefwahlunterlagen für einen anderen ist nur möglich, wenn die Berechtigung zur Empfangnahme der Unterlagen durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachgewiesen wird und die bevollmächtigte Person nicht mehr als vier Wahlberechtigte vertritt; dies hat sie der oben genannten Verwaltungsbehörde vor Empfangnahme der Unterlagen schriftlich zu versichern. Auf Verlangen hat sich die bevollmächtigte Person auszuweisen.

### 8.

Bei der Briefwahl muss der Wähler den Wahlbrief so rechtzeitig an die auf dem Wahlbrief angegebene Stelle absenden, dass der Wahlbrief dort spätestens am Wahltag, dem 26.09.2021 bis 18.00 Uhr eingeht. Der Wahlbrief kann bei der auf dem Wahlbriefumschlag angegebenen Stelle auch abgegeben werden. Nähere Hinweise über die Briefwahl sind dem Merkblatt für die Briefwahl zu entnehmen.

Mörsdorf, den 31.07.2021

(im Original gezeichnet)

**Lämmerzahl, Wahlleiterin**

## Information zur Bürgermeisterwahl am 26.09.2021 in Corona-Zeiten

Auf Grund der Pandemie gibt es im Vergleich zu vorangegangenen Wahlen besondere hygienische Besonderheiten bei der diesjährigen Bürgermeisterwahl in Mörsdorf zu beachten:

- Der Wahlraum wird nach den geltenden hygienischen Vorschriften vorbereitet.
- Am Eingang zum Wahlraum sind die **Hände zu desinfizieren**.
- Das Betreten des Wahlraumes ist grundsätzlich nur mit einem **medizinischen Mund-, Nasenschutz oder einer FFP2-Maske** gestattet. Dieser Mund-, Nasenschutz oder die FFP2-Maske sind während der gesamten Wahlhandlung zu tragen und darf auch in den Wahlkabinen nicht abgesetzt werden.
- Lediglich zur Identifizierung des Wählers/der Wählerin darf die Schutzmaske auf Anweisung der Wahlvorstandes/des Wahlhelfers kurzzeitig vom Gesicht angehoben werden
- Die Kugelschreiber in den Wahlkabinen werden von den Wahlhelfern nach jedem Wahlgang desinfiziert.
- Die Wählerinnen und Wähler müssen bei der Urnenwahl die **Abstandsregeln einhalten**.
- Der Zutritt zum Wahlraum wird personenzahlmäßig reduziert. **Hierdurch ist zu Stoßzeiten mit langen Warteschlangen zu rechnen!**

Vor dem Hintergrund das Ansteckungsrisiko mit SARS-COV-2 zu minimieren und lange Warteschlangen vor dem Wahllokal am Wahlsonntag zu vermeiden,

**rufen wir die Wählerinnen und Wähler auf,  
die Möglichkeit der Briefwahl**

**in Anspruch zu nehmen**, um so ihre Stimme abzugeben.

Wer sich für die Briefwahl entscheidet, kann die **Briefwahlunterlagen** mittels der ausgefüllten Karte **kontaktlos** bei der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf, Am Alten Versuchsfeld 1, 07629 Hermsdorf **ab dem 06.09.2021** anfordern.

(im Original gezeichnet)

**Möbius**

**Gemeinschaftsvorsitzende**

(im Original gezeichnet)

**Lämmerzahl**

**Wahlleiterin**

## Amtliche Bekanntmachungen der Gemeinde St. Gangloff

### Öffentliche Bekanntmachung:

#### Genehmigung des Bebauungsplanes Wohnbebauung „Rosa-Luxemburg-Straße II“

Der Gemeinderat der Gemeinde St.Gangloff hat am 01.03.2021 in öffentlicher Sitzung den Bebauungsplan Wohnbebauung „Rosa-Luxemburg-Straße II“ auf Grundlage des § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Gemäß § 10 Abs. 2 BauGB wurde die vorstehende Satzung von der Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 18.05.2021 genehmigt.

Der Geltungsbereich des Bebauungsplanes umfasst folgende Flurstücke :

Gemarkung: St.Gangloff





Flur: 1

Flurstücke: 54/12, 54/9 und 54/11 teilweise.

Auf dem Flurstück 53 (Flur 2) in der Gemarkung Rothenbach der Gemeinde Lindenkreuz wird eine externe Kompensationsmaßnahme umgesetzt.

### Die Satzung zum Bebauungsplan tritt gemäß § 10 Abs. 3 Satz 4 BauGB mit der Bekanntmachung in Kraft.

Maßgebend ist die Fassung -Planzeichnung des Bebauungsplanes- vom 01. Februar 2021.

Jedermann kann den Bebauungsplan und die Begründung mit Umweltbericht, der Biotoptypenkarte und dem Lageplan der externen Kompensationsmaßnahme dazu ab diesem Tag in der Bauabteilung (2. Dachgeschoss) der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf, (Am Alten Versuchsfeld 1, Hermsdorf) während der üblichen Dienststunden

Montag: 09.00 Uhr - 12.00 Uhr

Dienstag: 09.00 Uhr - 12.00 Uhr und 13.00 Uhr - 15.30 Uhr

Donnerstag: 09.00 Uhr - 12.00 Uhr und 13.00 Uhr - 17.30 Uhr

Freitag: 09.00 Uhr - 12.00 Uhr

einsehen und über den Inhalt Auskunft verlangen.

Des Weiteren ist der Bebauungsplan auf der Website der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf, unter der Internetadresse [www.vg-hermsdorf.de](http://www.vg-hermsdorf.de) abrufbar.

Auf die Vorschriften des § 44 Abs. 3 Satz 1 und 2 BauGB über die Fälligkeit etwaiger Entschädigungsansprüche im Falle der in den §§ 39 bis 42 BauGB bezeichneten Vermögensnachteile, deren Leistung schriftlich beim Entschädigungspflichtigen zu beantragen ist, und des § 44 Abs. 4 BauGB über das Erlöschen von Entschädigungsansprüchen, wenn der Antrag nicht innerhalb der Frist von drei Jahren gestellt ist, wird hingewiesen.

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung der in § 214 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 bis 3 BauGB bezeichneten Verfahrens- und Formvorschriften, eine unter Berücksichtigung des § 214 Abs. 2 BauGB beachtliche Verletzung der Vorschriften über das Verhältnis des Bebauungsplanes und des Flächennutzungsplanes oder aber ein nach § 214 Abs. 3 Satz 2 BauGB beachtlicher Mangel des Abwägungsvorgangs nur beachtlich werden, wenn sie innerhalb eines Jahres seit dieser Bekanntmachung schriftlich gegenüber der Gemeinde unter Darlegung des die Verletzung begründenden Sachverhalts geltend gemacht worden sind.

Ausgefertigt: St.Gangloff, den 19.07.2021

Wiedenhöft

**Bürgermeister** Dienstsiegel **Verein für Regional- und Technikgeschichte e.V. Hermsdorf**

In Erinnerung an Otto Aßmann



Otto Aßmann



Pressautomat  
„System Assmann“

Es gibt wohl kaum noch Zeitzeugen, die sich jenes eigenwilligen, enorm kreativen Konstrukteurs und Maschinenbauers erinnern können, dessen Pressautomaten zum Inbegriff in der Pulvermetallurgie und Keramik geworden sind. Wer war Otto Aßmann, dessen 50. Todestag sich am 19. Juni jährte und damit zum technik-historischen Rückblick Veranstaltung gibt?

Der am 9. Oktober in Ückermünde Geborene war nach einem Maschinenbau-Studium in Wismar ab 1928 in verschiedenen Werken des Kahla-Konzerns tätig, zuständig für maschinen-technische Ausrüstungen. Von etwa 1934 bis 1945 war er Leiter der Maschinen- und Konstruktionsabteilung in der HESCHO in Hermsdorf. Der unter seiner Leitung Ende der 1930er Jahre erreichte Entwicklungsstand in der Presstechnik und im Matrizenbau – es wurden z.B. formschwierige Röhrensockel aus Steatit mit konstanter Dichteverteilung gepresst – veranlassten 1941 das Heereswaffenamt, die HESCHO in die damalige Arbeitsgemeinschaft „Herstellung gesinterter Waffentechnik, auch komplizierter Art“ einzubeziehen.

Unter Leitung von Hermann Silbereisen, Pulvermetallurgie Frankfurt/Main, wurde in Hermsdorf eine „Versuchsanstalt der Arbeitsgemeinschaft Pulvermetallurgie im Hause der HESCHO, Hermsdorf/Thür.“ gegründet, und man beorderte Konstrukteure und Werkzeugmacher nach Hermsdorf. Mit Einsatz der so entwickelten HESCHO-Pressautomaten in der Pulvermetallurgie wurde damit in Deutschland die moderne Sinterstahlfertigung begründet.

Aßmanns konstruktives Schaffen wurde durch einige Monate verordneter Tätigkeit als Waldarbeiter unterbrochen, konnte dann aber auch im SAG-Betrieb Werk HESCHO-Kahla fortgesetzt werden. Jedoch um sich einer drohenden Zwangsverpflichtung nach Moskau zu entziehen, setzte er sich samt Familie nach Selb/Bayern ab. Nach zweijähriger Tätigkeit zum Aufbau einer Fabrik im indischen Bombay arbeitete er freiberuflich in Selb. In diese Zeit fiel auch seine Kontaktaufnahme zur Firma Dorst-Keramikmaschinenbau Kochel am See/Bayern, der er seine Pressautomaten-Entwicklung vorstellte, schließlich waren davon zwei aus HESCHO-Zeiten im Westen zum Einsatz in der Pulvermetallurgie gelandet. Anfang der 1960er Jahre wirkte sich die stürmische Entwicklung in der technischen Keramik stimulierend auf den Bedarf an Hochleistungs-Pressautomaten aus. Eine sich intensivierende Zusammenarbeit mit der Firma Dorst veranlasste Aßmann 1958 zusammen mit seiner Familie samt eigenem Ingenieurbüro nach Kochel am See überzusiedeln. Selbst nie Firmenangehöriger entwickelte er in der Folgezeit für Dorst Hochleistungs-Pressautomaten der Typenreihe TPA (Trocken-Press-Automaten), die weltweit Einsatz fanden in der Pulvermetallurgie, Keramtechnologie sowie Graphit- und Kohlepulver-Verarbeitung.

Es war 1983, als Hermann Silbereisen, Fa. Mannesmann, geehrt zur Jahrestagung der Pulvermetallurgen in Bad Nauheim mit dem Skaupy-Vortrag über die „Geschichte der Sinterstahlfertigung in Deutschland“ hervorhob, dass „...letztlich in der HESCHO auch Prototypen der mechanischen und hydraulischen Pressen geschaffen wurden, aus denen dann später die Dorst-, Werner-, Pfeleiderer- und Bussmann-Pressen wie auch die vielen Abwandlungen entstanden“. Dem sei angefügt, dass auch im Betrieb Sondermaschinenbau in Engelsdorf des Kombinats VEB KWH die Pressautomaten „System Aßmann“ weiterentwickelt und vielerorts in der Pulvermetallurgie und technischen Keramik Einsatz fanden.

Friedmar Kerbe

## Kindergartennachrichten

### Pffifikus-Nachrichten

**Sommer, Sonne, Urlaubszeit ..., manchmal auch sturzflutartige Niederschläge - das ist der Sommer 2021!**

Nichtsdestotrotz erleben die Kinder im „Pffifikus“ eine spannende, abwechslungsreiche Sommergestaltung. Gestartet wurde mit der „Pffifikus-EM“. Die wöchentlichen Spiele fanden mit einer großen Fangemeinde auf dem „Rasenplatz“ hier im Kindergarten statt. Gewonnen haben nach spannenden Kämpfen die Wanderspazten, vor den Dachspazten und den Bummis. Ihnen zur Seite standen die erfahrenen und stets unterstützenden Trainererzieher\*innen. Unsere Themenwochen begannen mit dem Sommerfasching, bei dem sich alle Kinder nach Lust und Laune jeden Tag verklei-





den konnten, Masken bastelten, mit Musik auf dem Laufsteg posierten, bei einer Stuhlpolonaise wetteiferten, sich an der Saftbar stärkten u.v.m.

Zur nachfolgenden Campingwoche und den vorangegangenen Regenfällen wurde der „Campingplatz Pfiffikus“ für kleinere Zelte und schnell wegtragende Strandmuscheln eröffnet. Es war sogar möglich, die Mittagsruhe im Freien zu verbringen bzw. an den Regentagen wurde improvisiert und in den Gruppen im Zelt geschlafen. Der Speiseplan war extra für diese Woche auf Outdoor und Fingerfood umgestellt und auch der Rost brannte, (echt thüringisch). Sogar die ganz Kleinen in der Villa spielten und schliefen überdacht in Strandmuscheln bzw. machten Picknick auf dem Spielplatz am Bahnhof.

Unser Kita-Wandertag führt uns in die Janismühle zum Mittagessen und unterwegs stärken wir uns auf der Trollwiese. Zurück geht's ab Papiermühle mit dem Zug.

Weitere Überraschungen wird es beim Feuerwehrfest, Sportfest, dem Kinobesuch, dem Piratenfest oder dem Eintauchen in die Welt des Wilden Westens geben, bevor wir die Schulanfänger im September verabschieden.

Derzeitig gehen wir davon aus, dass wir ab Oktober mit der Krabbelgruppe beginnen können. Anmeldungen für alle Hermsdorfer Kinder ab 6. Lebensmonat nehmen wir gern telefonisch unter 0366601/82629 oder per Mail [kindergarten-pfiffikus@hermsdorf-thueringen.de](mailto:kindergarten-pfiffikus@hermsdorf-thueringen.de) entgegen.

Am 22. August findet ab 14 Uhr ein Kaffeekonzert mit dem BTU auf dem Rathausplatz statt. Unser Kindergarten-Team wird Sie mit Kaffee und Kuchen verwöhnen.

Wir wünschen allen noch eine erholsame und sonnige Urlaubszeit!



## Impressum

### Hermsdorfer Amtsblatt

#### Herausgeber amtlicher Teil:

der Verwaltungsgemeinschaft: die Gemeinschaftsvorsitzende,  
der Stadt Hermsdorf: der Bürgermeister der Stadt Hermsdorf,  
der Gemeinde Reichenbach: der Bürgermeister der Gemeinde Reichenbach,  
der Gemeinde Schleifreisen: die Bürgermeisterin der Gemeinde Schleifreisen,  
der Gemeinde St. Gangloff: der Bürgermeister der Gemeinde St. Gangloff  
Am Alten Versuchsfeld 1 (Stadthaus),  
07629 Hermsdorf, Tel.: 03 66 01 / 5 77-10 oder 5 77-13

#### Herausgeber nichtamtlicher Teil: Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf

#### Verantwortlich für amtlichen Teil:

der Verwaltungsgemeinschaft: die Gemeinschaftsvorsitzende,  
der Stadt Hermsdorf: der Bürgermeister der Stadt Hermsdorf,  
der Gemeinde Reichenbach: der Bürgermeister der Gemeinde Reichenbach,  
der Gemeinde Schleifreisen: die Bürgermeisterin der Gemeinde Schleifreisen,  
der Gemeinde St. Gangloff: der Bürgermeister der Gemeinde St. Gangloff

#### Verantwortlich für nichtamtlichen Teil:

die Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzende

**Verlag und Druck:** LINUS WITTICH Medien KG, In den Folgen 43, 98693 Ilmenau,  
[info@wittich-langewiesen.de](mailto:info@wittich-langewiesen.de), [www.wittich.de](http://www.wittich.de), Tel. 0 36 77 / 20 50 - 0, Fax 0 36 77 / 20 50 - 21

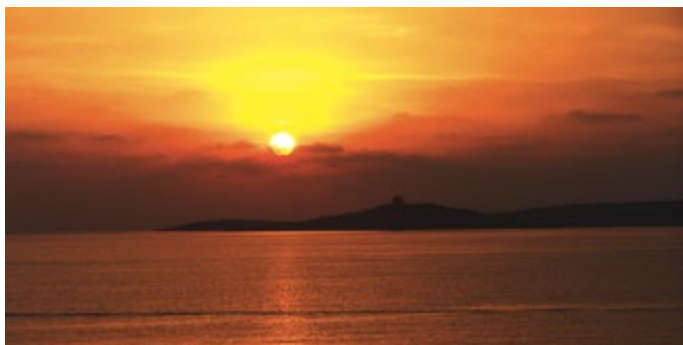
**Verantwortlich für den Anzeigenverkauf:** Carsten Stein, erreichbar unter Tel.: 0173 / 2923797, E-Mail: [c.stein@wittich-langewiesen.de](mailto:c.stein@wittich-langewiesen.de)

**Verantwortlich für den Anzeigenteil:** David Galandt – Erreichbar unter der Anschrift des Verlages. Für die Richtigkeit der Anzeigen übernimmt der Verlag keine Gewähr. Vom Verlag gestellte Anzeigenmotive dürfen nicht anderweitig verwendet werden. Für Anzeigenveröffentlichungen und Fremdbeilagen gelten unsere allgemeinen und zusätzlichen Geschäftsbedingungen und die z.Zt. gültige Anzeigenpreisliste. Vom Kunden vorgegebene HKS-Farben bzw. Sonderfarben werden von uns aus 4-c Farben gemischt. Dabei können Farbabweichungen auftreten, genauso wie bei unterschiedlicher Papierbeschaffenheit. Deshalb können wir für eine genaue Farbwiedergabe keine Garantie übernehmen. Diesbezügliche Beanstandungen verpflichten uns zu keiner Ersatzleistung.

**Verlagsleiter:** Mirko Reise

**Erscheinungsweise:** monatlich, kostenlos an alle Haushaltungen im Verbreitungsgebiet. Im Bedarfsfall können Sie Einzelstücke zum Preis von 2,05 € (inkl. Porto und gesetzlicher MwSt.) beim Verlag bestellen.

**Hinweis:** Für den Inhalt in diesem Blatt eventuell abgedruckter Wahlwerbung und/oder Anzeigen mit politischem Inhalt ist ausschließlich die jeweilige Partei/politische Gruppierung verantwortlich.



## Zustellreklamationen

richten Sie bitte telefonisch, unter Nennung Ihrer vollständigen Adresse, an Tel.: 03677 205031 oder schriftlich per E-Mail: [post@wittich-langewiesen.de](mailto:post@wittich-langewiesen.de)

## Übergabe des ersten Abschnittes „Straßenbau und Bachsanierung“ in Reichenbach mit Anwohnerfest



### Erschließung Ortslage Reichenbach, 1. BA, 1. TA

**Bauleistungen Gemeinde mit einer Gesamtauftragssumme von 3,6 Mio. Euro (davon Fördermittelanteil ca. 70 %):**

- Neubau einer 56 m langen und i. M. 2 m hohen Stützwand,
- 540 m Straßenbau in 5,50 m Breite (Engstellen 4,00 m breit) in Haupt- und Kraftsdorfer Straße,
- grundhafter Ausbau der Feldgasse und Oberflächenwiederherstellung im Oberndorfer Weg,
- Neubau eines einseitigen Gehweges in 1,50 - 2,00 m Breite in Haupt- und Kraftsdorfer Straße,
- Neubau der Bachverrohrung: 260 m DN 1100 - 1200 und 140 m Rechteckprofil 1600/900,
- Neubau der Straßenentwässerung mit Entwässerungsrinnen, Straßeneinläufe, Drainagen und einem Sandfang im Oberndorfer Weg,
- Neubau einer unterirdischen Löschwasserzisterne 96 m<sup>3</sup>,
- Errichtung einer neuen LED-Straßenbeleuchtung.

Außerdem wurden im Auftrag des Zweckverbandes ZWA Holzland eine Abwasserdruckleitung nach Hermsdorf einschließlich dazugehörigem Abwasserpumpwerk errichtet und der Abwasserkanal und die Trinkwasserleitung wurden einschließlich Hausanschlüssen erneuert.

Die Medienträger Telekom, TEN und Stadtwerke Jena haben bei dieser Gemeinschaftsmaßnahme Ihre Leitungen ebenfalls erneuert.

Fotos: Frau Marlene Düser (Reichenbach)



## Ministerpräsident Ramelow in Hermsdorf

***„In der Pandemie zeigte sich die Gemeinschaft, die uns alle prägt. Auch unter Bedingungen, in den wir nicht miteinander feiern und uns nicht treffen konnten, haben Sie Wege gefunden, die Gemeinschaft zu tragen und sich gegenseitig zu unterstützen. Dafür möchte ich mich herzlich bedanken“,***

so Ministerpräsident Bodo Ramelow beim Besuch der Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf gemeinsam mit der Gemeinschaftsvorsitzenden Constance Möbius, dem Landrat des Saale-Holzland-Kreises, Andreas Heller, und den Bürgermeister\*innen der zugehörigen Gemeinden und Ortsteilen.



Auf der Grundlage einer Privatinitiative unterstützt die Verwaltungsgemeinschaft Hermsdorf mit der „Coronakrise – Die VG hilft“ Projekte wie „Generationen bauen Brücken“. In diesem Projekt sollen Kinder und ältere Menschen durch das Schreiben von Briefen zusammengeführt werden. Auch Schulen wurden dabei mit einbezogen. Verschiedene Personen haben außerdem an der Entstehung, dem Druck und der Verteilung von Infoflyern zu Hilfsangeboten für ältere Menschen, die durch die Verwaltungsgemeinschaft koordiniert werden, mitgewirkt.

